

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 3. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 15. Oktober 2008
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Susanne Amrein, René Imhof, Rober Richner, Giulio Vögelin,
SusanneStuder

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

- 1. Bericht des Gemeinderates vom 20. August 2008 betreffend
Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Allschwil und Schönenbuch
über den gemeinsamen Bevölkerungsschutz Allschwil und Schönenbuch
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff** Geschäft 3787
- 2. Bericht des Gemeinderates vom 09. Juli 2008 betreffend
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 220'000 an den Umbau**

- des Knotens Baslerstrasse/Grabenring in einen Kreisel und Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 200'000 für die Erhaltung der Parkplätze im Bereich Baslerstrasse 51-71 sowie betreffend das Postulat No. 2241 „Einrichtung eines Kreisels im Kreuzungsgebiet Baslerstrasse/Grabenring“ und Bericht der Kommission für Verkehr- und Planungsfragen vom 15. September 2008 zum vorliegenden Geschäft**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3663/A
3. **Bericht des Gemeinderates vom 03. September 2008 betreffend Kinder – und Jugendzahnpflege: Teilrevision Reglement / überarbeiteter Subventionsschlüssel**
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger Geschäft 3745
4. **Bericht des Gemeinderates vom 4. Juni 2008 betreffend Einführung Gemeinde Tageskarten SBB**
Postulat Mathilde Oppliger-Zurschmitten und Felix Keller, CVP-Fraktion
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3747A
5. **Interpellation Sam Champion, SD, vom 18.06.2008 betreffend Erschliessungseinnahmen Ziegelei;**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3785A
6. **Interpellation Sam Champion, SD, vom 07.04.2008 betreffend Trinationaler Euro District (TEB)**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3776

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 3 vom 15. Oktober 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Felix Keller

Begrüssung

Felix Keller, Präsident: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. „Jetzt nichts gegen die Hunde. Aber ich glaube, es gibt gewisse Leute, die das Gesetz nicht ganz verstehen. Die sehen sich selber als Hund – oder als Wildsau.“ Liebe Ratsmitglieder, das sind einige der letzten Worte, die Peter Hauser in diesem Saal gesprochen hat. Am vergangenen Freitag ist seine Stimme verstummt. Er ist, 50-jährig, verstorben. Peter Hauser sass seit Juni 1997 bis Ende Juni dieses Jahres, das heisst elf Jahre lang, hier im Einwohnerrat. Von Anfang an war er auch Mitglied der Umweltkommission, und die letzten vier Jahre sogar deren Präsident. Er setzte sich immer für den Naturschutz ein. Er setzte sich ein für die Allschwiler Landwirtschaft, und insbesondere für den Erhalt der letzten Hochstamm-Obstbäume in Allschwil. Ich zitiere aus dem Protokoll vom 10. Dezember 2003: „Es sei heutzutage nicht mehr der Landwirt, der die Bewirtschaftung diktiert, sondern die Politik. Nur diejenigen Anbauflächen und Arten haben eine Chance, die marktwirtschaftlich interessant sind. Die Hochstammbäume gehören zum Landschaftsbild und müssen erhalten bleiben.“ – Leider hatten seine Ansichten in seiner Partei keinen Platz mehr, und er konnte nicht mehr hier im Einwohnerrat Einsitz nehmen. Ich bin überzeugt, er wäre mit einem Glanzresultat wieder gewählt worden und hätte all seine Konkurrenz überflügelt. – „Er sage immer, wenn einer zu ihm auf den Hof komme, müsse er vor ihm und nicht vor den Hunden Angst haben.“ Alle, die ihn kannten, wissen, dass sicher niemand vor ihm Angst haben musste. Denn er war im ganzen Dorf, und sicher auch über Parteigrenzen hinweg, auf seine eigene Art ein allseits beliebter Mensch. Behalten wir ihn so in Erinnerung. Ich möchte Sie bitten, dazu kurz aufzustehen. – Dankeschön.

Wir kommen zu den Entschuldigungen. Ich habe fünf auf dem Tisch [s. oben, Protokolleingang]

Ich bitte um die Präsenz. [alle ausser den Entschuldigten anwesend]

Mitteilungen

Felix Keller, Präsident: In der Abstimmung vom 28. September hat nun auch der Souverän dem Einwohnerratsbeschluss vom 16. April zum Geschäft 3753 betr. Quartierplan Gewerbezentrum Letten zugestimmt. Somit kann nun gemäss unserem Antrag dieser Quartierplan dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Im Weiteren möchte ich Sie kurz über einen Beschluss des Einwohnerratsbüros informieren. Und zwar werden wir für eine bessere Kontrolle der Stimmenauszählung folgende Änderung im Wahlverfahren durchführen: Bevor wir zur Wahl schreiten, wird die Anzahl der Stimmberechtigten bekanntgegeben; das macht Herr Scharaf Helmy. Von daher bitten wir Sie, während der Wahlen den Saal nicht zu verlassen und zu betreten, damit es da keine Konflikte gibt. Damit versuchen wir, die Abstimmungsergebnisse in den Griff zu bekommen. Ich danke für die Mitarbeit.

Dann noch eine Kurzinformation: Der Einwohnerrat hat eine Einladung erhalten für den Jodlerabend 2008. Der findet statt am Samstag, 25. Oktober in der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse. Saalöffnung ist 18.30 Uhr, Programmbeginn 20.00 Uhr. Alle sind herzlich eingeladen, Wenn jemand am Programm interessiert ist, kann er das bei mir einsehen. Ich nehme an, das wird sicher ein toller Anlass sein.

Wir kommen zu den neuen parlamentarischen Vorstössen. Ich habe einen auf dem Tisch seitens der FDP-Fraktion: Postulat Zusammenarbeit des Bevölkerungsschutzes Allschwil-Schönenbuch mit Binningen. Ist das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Traktandenliste. Ich stelle fest, dass sie termingerecht verschickt wurde. Gibt es Fragen oder Änderungsanträge? – Das ist nicht der Fall. Wir verfahren daher gemäss Traktandenliste.

Traktandum 1
Bericht des Gemeinderates vom 20. August 2008 betreffend
Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Allschwil und Schönenbuch
über den gemeinsamen Bevölkerungsschutz Allschwil und Schönenbuch,
Geschäft 3787

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: An der letzten Sitzung durfte der eine oder andere Einwohnerrat mit Stolz berichten, er ergreife jetzt zum ersten Mal das Wort. Drum lege ich jetzt auch Wert darauf: Dies ist mein erstes Mal als Gemeinderat. Die Gemeinde Schönenbuch ist nach dem neuen Bevölkerungsschutzgesetz aus dem Jahr 2004 darauf angewiesen, sich in Sachen Bevölkerungsschutz mit einer anderen Gemeinde zusammenzuschliessen. Aus diesem Grund hat sie auch vor vier Jahren den Kontakt mit uns, der Gemeinde Allschwil, gesucht. Allschwil wiederum ist wegen seiner Grösse auf einen Zusammenschluss nicht angewiesen, könnte also den Bevölkerungsschutz auch alleine betreiben. Der Gemeinderat ist aber trotzdem auf die Anfrage aus Schönenbuch eingetreten, weil eine solche Zusammenarbeit aus unserer Sicht interessant sein könnte. Ganz einfach: Ein gemeinsamer Bevölkerungsschutz heisst auch, die anfallenden Kosten zu teilen und gemeinsam zu tragen. Dank dem Vorhandensein unserer Kosten-Leistungs-Rechnung konnte man relativ einfach herausfinden, wie hoch diese Kosten etwa sind. Sie haben das gesehen auf S. 4 der Vorlage. Sie sehen dort auch, dass diese Kosten schwanken; aber zusammenfassend kann man sagen: Bei einem Pro-Kopf-Beitrag von aufgerundet 19 Franken liegen wir richtig. Gemäss der aktuellen Bevölkerungszahl von Schönenbuch kommt man somit zu einer jährlichen Zahlung von rund 27'000 Franken, mit denen sich Schönenbuch dann beteiligen würde.

Schönenbuch hat auch einen Zusammenschluss mit dem Bevölkerungsschutz Leimental geprüft. Die haben sogar einen tieferen Pro-Kopf-Beitrag angeboten. Aber der Standortvorteil von Allschwil hat offenbar überwogen. Und aus diesem Grund hat die Gemeindeversammlung Schönenbuch am 26. Mai dieses Jahres entschieden, mit Allschwil einen Verbund eingehen zu wollen gemäss dem vorliegenden Vertrag. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dieser Vertrag eine Win-win-Situation herbeiführt. Für Schönenbuch bedeutet es, dass sie Zugang haben zu einer bestens funktionierenden Zivilschutzorganisation und einem voll eingerichteten Ortskommandoposten. Und für Allschwil ist es kein Problem, diese paar zusätzlichen Zivilschutzpflichtigen in die bestehende Kompanie aufzunehmen – und die Gemeinde bekommt zukünftig einen Anteil an die bestehenden Verwaltungskosten vergütet. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, diesem Vertrag zuzustimmen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Das Vorgehen für die Detailberatung ist so vorgesehen, dass Armin Bieri die einzelnen Kapitel der Gemeinderatsvorlage aufruft und man dazu dann spezifisch Fragen stellen kann. Ich frage aber zuvor noch an, ob es zum Geschäft allgemein, oder zu dem Vertrag, Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Abschnitte auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

Art. 1 - Grundlagen
Kein Wortbegehren

Art. 2 - Zweck
Kein Wortbegehren

Art. 3 - Organisation
Kein Wortbegehren

Art. 4 - Organe und Partnerorganisationen
Kein Wortbegehren

Art. 5 - Leitgemeinde
Kein Wortbegehren

Art. 6 - Politische Führung

Kein Wortbegehren

Art. 7 - Ausschuss

Kein Wortbegehren

Art. 8 - Aufgaben des Ausschusses

Kein Wortbegehren

Art. 9 - Regionaler Führungsstab

Kein Wortbegehren

Art. 10 - Aufgaben des regionalen Führungsstabes

Kein Wortbegehren

Art. 11 - Leitung der Zivilschutzkompanie

Kein Wortbegehren

Art. 12 - Kontrollstelle

Kein Wortbegehren

Art. 13 - Polizei

Kein Wortbegehren

Art. 14 - Zivilschutzkompanie AS

Kein Wortbegehren

Art. 15 - Ortsfeuerwehren

Kein Wortbegehren

Art. 16 - Gemeindewerke

Kein Wortbegehren

Art. 17 - Vereine und Organisationen

Kein Wortbegehren

Art. 18 - Führungsstufen

Kein Wortbegehren

Art. 19 - Alarmierung und Information der Bevölkerung

Kein Wortbegehren

Art. 20 - Personal

Kein Wortbegehren

Art. 21 - Material, Alarmierungs- und Telematik-Einrichtungen

Kein Wortbegehren

Art. 22 - Anlagen, öffentliche Schutzräume, Ersatzbeiträge

Kein Wortbegehren

Art. 23 - Kosten

Kein Wortbegehren

Art. 24 - Kostenteiler, Rechnungsführung

Kein Wortbegehren

Art. 25 - Zahlungsfrist

Kein Wortbegehren

Art. 26 - Dauer, Änderungen und Kündigung

Kein Wortbegehren

Art. 27 - Aufnahme weiterer Gemeinden
Kein Wortbegehren

Art. 28 - Gerichtsbarkeit
Kein Wortbegehren

Art. 29 - Genehmigung und Inkrafttreten
Kein Wortbegehren

Felix Keller, Präsident: Gibt es zum Bericht ein Wortbegehren? – Das ist nicht der Fall. Dann hat Herr Gemeinderat Pfaff das Schlusswort. Er verzichtet. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates gem. S. 5 des Berichts. Er lautet:

Der Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Allschwil und Schönenbuch über den gemeinsamen Bevölkerungsschutz Allschwil und Schönenbuch wird genehmigt.

Wir sind 35 Stimmberechtigte.

://:
einstimmig Ja

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung gem. § 76 des Geschäftsreglements.

://:
einstimmig Ja

378 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2
Bericht des Gemeinderates vom 09. Juli 2008 betreffend
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 220'000 an den Umbau
des Knotens Baslerstrasse/Grabenring in einen Kreisel und Bewilligung eines
Verpflichtungskredites von CHF 200'000 für die Erhaltung der Parkplätze
im Bereich Baslerstrasse 51-71 sowie betreffend das Postulat No. 2241
„Einrichtung eines Kreisels im Kreuzungsgebiet Baslerstrasse/Grabenring“
und Bericht der Kommission für Verkehr- und Planungsfragen vom
15. September 2008 zum vorliegenden Geschäft, Geschäft 3663/A

Jürg Vogt, Präsident der Verkehrs- und Planungskommission: Im Geschäft 3663 ersucht der Gemeinderat den Einwohnerrat um Bewilligung eines Verpflichtungskredit von CHF 220'000 für den Umbau des Knotens Baslerstrasse/Grabenring in einen Kreisel, und zweitens um die Bewilligung eines Verpflichtungskredits von CHF 200'000 für den Erhalt der Parkplätze im Bereich Baslerstrasse 51 – 71. Vor 12 Jahren hat der Einwohnerrat mit dem Postulat 2241 von Arnold Julier dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, beim Kanton dahingehend vorstellig zu werden, dass der Verkehrsknoten Baslerstrasse/Grabenring in einem Kreisel umgebaut wird. In der VPK hat man das Projekt im August beraten. Der Kanton möchte ja nächsten Sommer schon bauen, und der Landrat müsste auch noch den Kredit sprechen. Man hat das alles sehr ausführlich diskutiert und gesehen, dass mit einem zweispurigen Kreisel der Verkehrsfluss sicher deutlich erhöht wird. In der Diskussion wurde aber schnell klar, dass der grosse zweispurige Kreisel für den Velofahrer sehr gefährlich sein kann. Die Kommissionsmitglieder sind sich einig, dass eine Lösung gefunden werden muss, die die vielen Schüler, die mit dem Velo tagtäglich den Kreisel befahren müssen, schützt, so dass sie ihn sicher überqueren können. Gemeinderat Vogt hat der Kommission versprochen, beim Kanton das Problem nochmals vorzutragen und eine Lösung

ausarbeiten zu lassen. Auch die Lichtsignalanlage für das Tram erachtet die Kommission nicht als nötig. Eine deutliche Markierung auf der Fahrbahn bringt nach unserer Meinung wesentlich mehr, und es können dadurch sicher Kosten gespart werden.

Bezüglich des zweiten Antrags – Bewilligung eines Verpflichtungskredits von CHF 200'000 für den Erhalt der Parkplätze im Bereich Baslerstrasse 51- 71 – ist die VPK auch zum Schluss gekommen, dass diese Parkplätze erhalten bleiben sollen. Man macht sich die Überlegung, dass es im Dorfkern eh schon wenige Parkplätze hat. Zudem müssen wir daran denken, dass die 16 Parkplätze auf der gegenüber liegenden Seite der Baslerstrasse wegfallen werden. Die VPK ist auch froh, dass der Gemeinderat mit dem Kanton Pauschalbeiträge aushandeln konnte. Das ist sicher wichtig für die finanzielle Lage der Gemeinde. Zum Schluss empfiehlt Ihnen die VPK, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Wie bereits der Präsident der Verkehrs- und Planungskommission angedeutet hat, gibt es heute eine Ergänzung, die sehr aktuell ist, zum Thema Veloverkehr im Grabenringkreisel. Es geht da primär darum, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Ich möchte aber vorab schnell sagen, dass der Gemeinderat auch den Kreisel selbst bereits als eine markante Verbesserung ansieht, auch für die Velofahrer. Das heisst, der geübte Velofahrer wird den Kreisel gut befahren können, wenn man sich an die Weisungen der Verkehrspolizei hält. Grundsätzlich, das darf man hier erwähnen, ist die Meinung, dass man mit dem Velo einen Kreisel immer in der Mitte der Fahrspuren befahren sollte. Damit wird der Velofahrer im Kreisel nicht vom nachfolgenden Verkehr überholt. Das ist die Regel. Dennoch haben wir bemerkt, natürlich aufgrund von Hinweisen aus der VPK und auch aus der Bevölkerung, und auch auf Drängen des Gemeinderates, dass eine zusätzliche Massnahme für den Veloverkehr nötig ist. Dies vor allem deshalb, weil es sich um einen wichtigen Schulweg handelt. [Folie:] Im dargestellten Plan sehen Sie den Kreisel, und rot eingezeichnet die Veränderungen gemäss dem Lösungsverschlagn, den ein Ingenieurbüro ausgearbeitet hat, das sich im Thema Veloverkehr sehr gut auskennt. Da waren also Fachleute am Werk, die nicht primär den Autoverkehr im Vordergrund sahen, sondern die echt die Anliegen der Velofahrer kennen. Ich möchte Ihnen das aber erklären, weil der Plan nicht selbstredend ist. Es geht um zwei Hauptachsen, die für den Schulweg von Bedeutung sind. Das ist einerseits, von oben rechts kommend, der Baselmattweg, der ein sehr grosses Wohngebiet erschliesst. Der Baselmattweg mündet in die Baslerstrasse. Und Sie sehen hier dargestellt, dass der Veloverkehr, der nicht über den Kreisel zu fahren wagt, hier in das Wegmattenareal einbiegen kann (als roter Weg ganz oben dargestellt). Er kann dann weiterhin geschützt auf dem Veloweg bis zum Kreisel fahren, und überquert dann die Fahrbahn im Bereich des Fussgängerstreifens, den Sie rot dargestellt sehen, Richtung abwärts, Richtung Gartenstrasse. Die Überquerung in diesem Bereich der Baslerstrasse ist unter guten Voraussetzungen möglich, denn sowohl das Tram wie auch der motorisierte Verkehr muss dort zum Stehen kommen, weil ja keine Vortrittssignalisation vorhanden ist bei der Befahrung des Kreisels. Und auch beim Ausfahren aus dem Kreisel ist es sehr übersichtlich; das heisst, auch die Automobilisten sehen gut, wenn dort Velofahrer die Fahrbahn queren. Damit, und das ist jetzt wichtig, können in beide Richtungen des Baselmattwegs – Richtung Gartenstrasse, also von oben nach unten, wie auch von unten nach oben, von der Gartenstrasse in Richtung Baselmattweg – die Velofahrer auf einem geschützten Bereich, und dann auch auf dem Veloweg im Wegmattenareal, diesen Kreisel sehr gut befahren. Es geht aber noch weiter. Es hat noch eine zweite Achse, die da massiv verbessert wurde. Es geht auch um den Grabenring. Der Grabenring selber erschliesst auch grosse Wohngebiete, im Kurzellängeweg, Burgfelderweg, Hegenheimerweg. Dieser Veloverkehr wiederum kommt vom Grabenring her und kann, bevor er auf den Kreisel kommt, in einer geschützten Linksabbiegespur von dieser Mittelinsel, die Sie oben auf dem Plan sehen, links abbiegen, und kommt damit wieder direkt auf diesen roten Veloweg im Wegmattenareal, ganz in der Nähe des Bachgrabenbrunnens, den Sie hier blau dargestellt finden. Der Verkehr aus dem Grabenring kann also über diesen äusseren Veloweg abwärts fahren, überquert wiederum die Baslerstrasse und die Tramlinie im geschützten Bereich neben dem Trottoir, und kommt dann unten direkt im geschützten Bereich in die Gartenstrasse. Damit haben wir erreicht, dass wiederum der Grabenring, und, wie schon vorhin gesagt, der Baselmattweg, eine gute Verbindung für den Veloverkehr in die Gartenstrasse haben. Und die Gartenstrasse wiederum ist der Zubringer für die Schulhäuser Gartenstrasse, Lettenweg und Breite, also unsere grössten Schulzentren hier in Allschwil. Deswegen gehe ich jetzt einmal davon aus, dass dieser Lösungsvorschlag auch dahingehend nützlich wird, dass die zu diesem Bauprojekt eingegangenen Einsprachen, auch von Pro Velo, beseitigt werden könnten. Bitte verstehen Sie auch, dass das jetzt ein Lösungsvorschlag ist. Das ist also noch nicht das fertige Projekt, das Ihnen hier präsentiert wird, sondern das soll der Vorschlag sein, in welche Richtung der Gemeinderat diesen Kreisel jetzt vertreten möchte. Und mit dieser Erhöhung der Sicherheit für den Veloverkehr möchte ich Ihnen heute natürlich beliebt machen, dass Sie den beiden beantragten Krediten für den Kreiselumbau und für die Erhaltung der

Parkplätze in der Baslerstrasse zustimmen. Selbstverständlich haben Sie auch noch Gelegenheit, detaillierte Fragen zu diesem Veloverkehr zu stellen. An dieser Stelle würde ich gerne unterbrechen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung. Ist zuvor noch das Wort zum Geschäft allgemein erwünscht?

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion steht grundsätzlich hinter dem Projekt. Wir sind froh, dass sich hier jetzt immerhin einmal eine Verbesserung herauskristallisiert hat im Vergleich zu dem, was der VPK anfänglich vorgelegt wurde. Wir sind uns bewusst, dass wir hier drin ja eigentlich nur über die Finanzierung abstimmen können, und nicht über Details dieses Projekts, und wie das nun genau aussehen soll. Wir möchten einfach nochmals mit Nachdruck festhalten, dass das Thema Sicherheit in diesem Projekt erste Priorität haben muss. Zumal der Ursprung, wie auch schon gesagt wurde, einst ein tödlicher Unfall war, was dann die Ausgangslage dafür war, dass man die Sicherheit an diesem Knotenpunkt erhöhen wollte. Wir möchten einfach nochmals festhalten, dass dies für uns erste Priorität hat.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte dies auch nochmals betonen, dass am Anfang dieses Kreiselprojekts der tödliche Unfall eines Kindes an dieser Kreuzung stand. Also der Grundgedanke dieses Kreisels war es, die Sicherheit für die Kinder zu erhöhen, und dass wir keine schlimmen Unfälle an dieser Stelle mehr haben wollen. Am Ende haben wir nun ein Projekt auf dem Papier, von dem ich denke, dass dieser Grundgedanke verloren gegangen ist. Unseren Velo fahrenden Schülern wird zugemutet, sich über einen zweispurigen Kreisel mit Tram-, Bus- und Lastwagenverkehr zu bewegen, und das unter dem Deckmäntelchen „Erhöhung der Sicherheit“. Ich bin überhaupt nicht einverstanden mit Herrn Vogt, der sagt, dies sei sicherer als der heutige Zustand. Ich finde, das ist viel gefährlicher für unsere Kinder. Ich frage mich auch, wie konnte so eine Planung passieren: dass man am Anfang so einen Grundgedanken hat – und am Schluss kommt etwas heraus, bei dem dieser Grundgedanke wirklich verloren gegangen ist. Ich frage mich auch, wie es kommen kann, dass unsere Gemeindevertretung sich in Liestal nicht besser für unsere Kinder eingesetzt hat. Jetzt vertrauen wir in ein Versprechen, und es sind die gleichen Leute, die bis jetzt – für mich – zu wenig gemacht haben. Ich hoffe sehr, dass sie das Versprechen einhalten, und dass sie wirklich auch in Liestal etwas bewirken. Und ich habe noch eine zweite Hoffnung: Es wird noch ein zweiter Kreisel kommen. Wieder wird es eine Kantonsangelegenheit sein, nämlich Grabenring/Hegenheimerweg, wieder werden dort Kinder und viele Velofahrer über diesen Kreisel gehen müssen. Ich hoffe, dass Liestal uns dann in Zukunft ein Papier präsentieren wird, auf dem schon von Anfang an eine separate Veloführung eingezeichnet sein wird.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Ich hätte noch eine grundsätzliche Frage. Sie sagten, man könne auch Fragen stellen. Wie sieht das genau aus: Die Ergänzung, die Sie jetzt da präsentiert haben, ist das ein Vorschlag oder eine Variante, die der Gemeinderat anstreben würde? Bauherr ist aber der Kanton. Wenn wir dem nun zustimmen, haben wir dann eine Gewähr, dass irgendetwas von dem, was Sie da gezeigt haben, umgesetzt wird? Oder ist das noch völlig in der Schwebe?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich kann Ihnen Folgendes versichern: Für das Projekt werden natürlich, wenn es jetzt in die Ausführungsphase kommt, Detailpläne erarbeitet. Und da werden wir die Möglichkeit haben mitzusprechen, während der ganzen Phase der Planung und Ausführung. Und weil das eine sehr enge Bindung ist, werden wir die Möglichkeit haben, auch weitere Kreise einzubeziehen, sprich auch Pro Velo, die Einspruch erhoben hat gegen das jetzige Kreiselprojekt ohne Veloführung. Und dort können wir dann die Detailbereinigung vornehmen. Für mich 100 Prozent klar ist, dass wir eine solche Verbesserung für den Veloverkehr bringen müssen. Also diesen Kreisel werden wir nicht bauen ohne diese Massnahme, das kann ich Ihnen hier versprechen. Aber wie es dann genau aussieht – also ob man jetzt die Velofahrer über einen Fussgängerstreifen, oder über eine eigene Velospur leitet – das möchte ich an dieser Stelle offenlassen, weil dazu auch das Gespräch mit den Fachleuten von Pro Velo nötig ist.

Josua Studer, SVP-Fraktion: In der Schweiz herrscht zurzeit einfach eine Kreisel-Manie. Überall, wo es irgendwie möglich ist, bauen wir einen Kreisel. Ich als Berufschaffeur bin nicht gerade ein Freund dieser Kreisel; und ich habe immer die Behauptung ins Feld geführt, die Kreisel werden gebaut für diejenigen Lastwagenschaffeuere, die mit einem Anhänger nicht rückwärts fahren können, damit sie auf diese Weise

wenden können, wenn sie sich verfahren haben. Das Problem ist auch: Wir haben in der Schweiz zu wenig Platz, um ideale Kreisel zu bauen, wie man sie in europäischen Städten wie Paris, Mailand etc. kennt. Die haben viel mehr Platz, und dort macht man auch Kreisel mit mehreren Spuren. Wir machen in der Schweiz Kreisel, damit der Verkehr besser läuft. Aber oftmals macht man den Verkehr gar nicht flüssiger mit einem Kreisel, drum macht man einen zweispurigen Kreisel. Und dort fängt das Problem an, vor allem bei den Velofahrern. Eben, sie sollten in der Mitte einer Spur fahren, und wenn sie dann links überholt werden, im inneren Kreis, dann fährt der Automobilist grad vorne an ihm durch, und das ist genau das Gefährliche in diesen Kreiseln. Es hat noch einen weiteren Aspekt in diesem Kreisel, der da gebaut werden soll, das ist diese Lichtsignalanlage. Der Präsident der VPK erwähnte, dass die VPK daran keine grosse Freude hat. Wir kennen Beispiele in Basel von Kreiserverkehren, die eine Lichtsignalanlage haben, um den Tramverkehr zu steuern, und das schafft manchmal viel mehr Verwirrung als Sicherheit. Es gibt Verkehrssituationen wie zum Beispiel am Dorenbach, eine so genannte „Mausefalle“, wo einfach der Verkehr plötzlich steht und keiner mehr fahren kann, weil Lichtsignale in einem Kreisel sind, durch die es einfach Blockierungen gibt. Deshalb ist absolut davon abzuraten, hier eine Lichtsignalanlage zu installieren. Es ist von Seiten Felix Keller in der VPK eine super Idee gekommen, um die Tramgeleise frei zu halten, und zwar in Form einer farbigen Markierung des Gleisbereiches. Denn wir kennen ja heute die Verkehrssituation so, dass in Richtung Grenze vom Dorf her ein Rückstau entsteht wegen Hegenheimermattweg/Grabenring. Deshalb haben wir den Rückstau. Und dieser Rückstau wird auch mit diesem Kreisel weiter bestehen. Der wird nicht aufgehoben. Eventuell dann mit dem Kreisel Grabenring/Hegenheimermattweg, nur ist das eine derart enge Angelegenheit, dass ich nicht glaube, dass das einen flüssigen Kreisel geben wird. Somit ist also weiterhin die Gefahr, dass es, wie wir es jetzt haben, einen Rückstau gibt. Und wer in den Kreisel hineingefahren ist, der fährt im Kreisel drinnen. Und heute halten sie nämlich vor dem Abbiegen in der Mitte dieser Kreuzung an. Somit ist die Gefahr, dass eben dann die Geleise belegt werden, und deshalb will man eine Lichtsignalanlage machen. Aber wer in den Kreisel hineinfährt, der schaut nicht mehr auf ein Lichtsignal, weil er es dort gar nicht erwartet. Und somit ist es besser, wenn man eine Fläche farbig markiert, das hält einen davon ab, wenn man im Kreisel drin ist, auf den Geleisen anzuhalten. Von Seiten SVP werden wir dem Kreiselprojekt zustimmen müssen, weil wir wissen, was alles hintendran hängt. Nur können wir einfach nicht auf Treu und Glauben dem Verpflichtungskredit zustimmen, denn, wie es ja schon gesagt wurde, wir sprechen nur das Geld. Wir segnen nicht das Projekt ab. Deshalb möchten wir sehr gerne den Verpflichtungskredit anbinden an eine Verwendungsbindung. Und zwar stellen wir den Antrag, dass das Geld nur ausgezahlt werden darf, wenn bei diesem Kreiselprojekt eine anständige Veloverbindung kommt und auch diese Lichtsignalanlage wegfällt. Nur so sehen wir einen Sinn in diesem Kreisel, und wir möchten das mittels dieses Antrags so einfordern.

Kathrin Gürtler, Fraktion FDP/Grünliberale: Uns allen ist bewusst, dass die heutige Situation an der Kreuzung Baslerstrasse/Grabenring unübersichtlich und dadurch auch gefährlich ist. Der Verkehr kommt aus allen Richtungen, es gibt überall Abbieger, und der Verkehr geht auch wieder in alle Richtungen. Dadurch sind alle Verkehrsteilnehmer, die diese Kreuzung befahren, gefährdet. Speziell unangenehm ist es für die Velofahrer, für jene, die vom Grabenring her kommen, und die bis jetzt wegen dem Gelände, das die Fussgänger schützt, keine Möglichkeit haben, bei einer gefährlichen Situation, wenn sie merken, sie haben zu wenig Platz, nicht mehr aufs Trottoir ausweichen können. Der vorgeschlagene Kreisel bringt Übersicht auf die ganze Kreuzung. Es ist klar, von wo der Verkehr kommt. Man weiss auch, dass da noch das Tram fährt, und dass man darauf speziell Rücksicht nehmen muss. Auch für einen geübten Velofahrer ist ein Kreisel besser als die Situation, die wir heute haben. Wir sind sehr froh, dass der Gemeinderat uns heute einen Vorschlag präsentiert hat, um die Velofahrer besser schützen zu können. Und wir sind davon überzeugt, dass durch diese Variante eine gute Lösung gefunden ist, die auch finanzierbar ist. Wir haben weiters auch darüber gesprochen, ob das Lichtsignal für das Tram nötig ist. Denn es verursacht hohe Kosten, und wir bezweifeln, dass der Nutzen dieses Lichtsignals im Verhältnis steht zu diesen Kosten. Das Tram wird sowieso von Gesetzes wegen in diesem Kreisel den Vortritt haben. Am Neuweilerplatz haben wir auch die Situation, dass kein Lichtsignal ist, und dort funktioniert es. Um die Gefahr zu bannen, dass es Zusammenstösse mit dem Tram gibt, ist unser Vorschlag, dass das Tram vor dem Kreisel abbremst und dann im Schritttempo in die Haltestelle hineinfährt, wie es auch in der Haltestelle fahren sollte. Deshalb stelle ich im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, dass dem Kanton zu empfehlen sei, auf die Lichtsignalanlage für das Tram zu verzichten.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Zu dieser Lichtsignalanlage muss ich Ihnen noch eine ganz wichtige Information geben, die interessanterweise von der BVB stammt. Und zwar hat uns die BVB, als wir nach der Verkehrs- und Planungskommissionssitzung dort nachfragten, ob es dieses Lichtsignal wirklich brauche, um den Tramverkehr freizuschalten, mitgeteilt, dass dies aus Sicherheitsgründen unbedingt erforderlich sei. Die BVB hält an diesem Lichtsignal fest. Die BVB

übernimmt auch die Kosten für dieses Lichtsignal, so dass sie das Budget für den Kreisel überhaupt nicht belastet. Der Grund ist auch der, dass die Situation nicht die gleiche ist wie am Neuweilerplatz, wo die Tramhaltestelle sich mitten im Kreisel befindet, wo auch ein Kiosk ist. Dort ist es eben so – sagt die BVB – dass am Neuweilerplatz die Tram den Kreisel viel langsamer befahren, weil ja die Haltestelle schon in der Mitte ist. Bei uns hingegen im Grabenring kämen ja die Tram aus der Kurve vom Dorf, von der Binningerstrasse her, und würden dann relativ schnell über diese Kreuzung hinausfahren. Und dann wäre die Gefahr gross, dass der Verkehr im Kreisel nicht sieht, dass von hinten ein Tram kommt. Und deswegen schreibt uns die BVB da ausdrücklich – das ist die offizielle BVB – dass wir an der Lichtsignalanlage festhalten sollen.

Philippe Adam, CVP-Fraktion: Aus meiner Sicht wäre der Veloweg sicherer, wenn er vom Baselmattweg her gerade über die Strasse und am linken Rand, also dem Trottoir entlang, aufwärts in die Gartenstrasse münden würde. Das wäre sicherer, als wenn man vorne beim Kreisel einfahren muss, wo dann die Autos entgegenkommen.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion: Ich wollte nur noch schnell etwas zum Tram sagen. Also von Gesetzes wegen hat ein Tram überhaupt nicht Vortritt. Das ist auch am Neuweilerplatz so. Dort hat es Zacken, wo das Tram einfährt, und das Tram muss eigentlich halten – ausser wenn ein Schild explizit sagt „ausgenommen Tram“. Das noch als kleiner Einwand. Was den Kreisel angeht, ist es so: Wir haben wahnsinnig viel Verkehr an dieser Kreuzung. Es ist wirklich notwendig, dass dort etwas geschieht. Das hat die CVP schon vor zwölf Jahren, mit einem Postulat damals, signalisiert, das wurde nämlich damals eingereicht von der CVP. Zwölf Jahre ist das jetzt her. Wir diskutieren jetzt heute über einen Kreisel, von dem ich sehr hoffe, dass er kommen wird. Was ich einfach sagen möchte: Der Grundgedanke ist sicher die Sicherheit, wir alle wollen Sicherheit. Aber ebenfalls ein Grundgedanke ist die Regelung des Verkehrs dort. Man darf nämlich nicht vergessen: Dazumal, als diese Kreuzung gebaut wurde, wurde sie so unübersichtlich gebaut, weil man dachte, dass die nachher nicht so stark benutzt wird. Es ist heute alles anders, als man das damals dachte. Darum muss etwas passieren – aber auch, um den Verkehr zu regeln. Ich bin auch dafür, dass die Velofahrer sicher über diesen Kreisel kommen. Nur muss ich sagen, so eine Variante, wie sie jetzt da aufgezeigt wurde – und das beauftragte Ingenieurbüro ist spezialisiert darauf und weiss sicher, was es tut – aber ich habe einfach ein wenig Bedenken, ob das wirklich so sicher ist für die Velofahrer. Ich kenne überhaupt keinen Kreisel in der Schweiz, der einen Veloweg beinhaltet. Und darum bin ich der Meinung – und oft ist es ja so, dass die erste Variante die bessere ist, bevor man anfängt daran herumzufeilen – dass die erste Variante, ohne Veloweg, wie das bei allen Kreiseln der Fall ist, die ich bis heute kenne in der Schweiz, vielleicht gar nicht so schlecht wäre. Und darum bitte ich Sie, einmal darüber nachzudenken. Oder ob man vielleicht mit dieser Variante ein grösseres Risiko schaffen würde. Wie gesagt, wir haben jetzt nicht die Entscheidungsmacht, welche Variante wie gemacht wird. Aber bitte, entscheiden Sie nicht nur emotional, sondern auch sachlich, und überlegen Sie sich das Ganze nochmals.

Jérôme Mollat, Fraktion FDP/Grünliberale: Ich möchte zwei Voten machen. Das erste bezüglich des Kreisels. Zum einen begrüsse ich natürlich die verbesserte Verkehrsführung, die jetzt vorgestellt wird für die Velofahrer. Andererseits möchte ich jetzt auch auf ein Problem hinweisen, das bisher meines Wissens noch nicht gross thematisiert wurde im Zusammenhang mit dem Kreisel, nämlich das des Rückstaus. Bereits jetzt kommt es nämlich auf der Baslerstrasse im Bereich der Tramhaltestellen Binningerstrasse und Ziegelei zu einem Rückstau in Richtung Gartenstrasse, also am jetzigen Standort des neuen Kreisels. Bei höherem prognostiziertem Verkehrsaufkommen wird es also unweigerlich zu Stosszeiten zu Rückstau im Kreisel kommen, was dann den Verkehr in diesem Bereich völlig lahmlegen wird. Die Folge wird dann sein, dass man gleich nach weiteren Kreiseln rufen wird, bei der Binningerstrasse und bei der Ziegelei, verbunden mit einer mehrspurigen Baslerstrasse. Der Kreisel wird also nicht, oder nur teilweise, die Lösung des Verkehrsproblems sein. Er wird aber auch zu einer Verlagerung des Verkehrsproblems führen, mit der Folge, dass die Baslerstrasse wahrscheinlich massiv ausgebaut wird, mit einer entsprechenden Verkehrszunahme und einer Abnahme der Lebensqualität. Ich möchte Sie daher ganz klar vor übertriebenen Erwartungen an diesen Kreisel warnen.

Mein zweites Votum betrifft die 200'000 Franken Verpflichtungskredit für die Parkplätze. Ich möchte einfach klar darlegen, dass dieses Votum nur für mich als Vertreter der Grünliberalen gilt, nicht aber für die FDP. Ich bin nämlich entschieden gegen diese 200'000, dies aus folgenden drei Gründen: Überall sonst soll ja das Verursacherprinzip zur Anwendung kommen, im Wasserbereich, im Abwasserbereich, im Abfallbereich. Ganz anders beim Parkieren von Privatfahrzeugen auf der Allmend. Da ist es anscheinend selbstverständlich, und es wird auch nicht hinterfragt, dass die öffentliche Hand, also der

Steuerzahler, dafür aufkommt. Für mich ist es nicht ersichtlich, warum der Steuerzahler im Grunde genommen privat genutzte Parkplätze mit fast 10'000 Franken pro Parkplatz subventionieren soll. Solange kein Parkraumkonzept mit kostenpflichtigen Parkkarten für Allschwil besteht, so lange darf die Verwendung von Steuergeldern für Parkplätze kein Thema sein. Ein zweites Argument betrifft die Nutzung dieser Parkplätze. Die jetzigen Parkplätze, die ersetzt werden sollen, werden nämlich überwiegend von auswärtigen Pendlern benutzt, die dann teilweise mit dem Tram weiterfahren nach Basel zur Arbeit. Jeder kann sich davon selber überzeugen. Ein Blick auf die Autoschilder unter der Woche reicht. Mit anderen Worten: Allschwil, und auch das Allschwiler Gewerbe, werden von diesen 200'000 Franken, die man für den Erhalt dieser Parkplätze investieren will, nicht profitieren. Und letzten Endes geht es ja auch noch, drittens, um die Finanzlage von Allschwil, die nicht besonders rosig ist. Auch unter diesem Aspekt erachte ich diese Investition als wenig zweckmässig.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Sarah Lorenz ist mit ihrer juristischen Auslegung der Verkehrsregeln, was das Tram anbelangt, total auf dem Holzweg. Allgemein hat das Tram immer Vortritt – und jetzt, keine Regel ohne Ausnahme – ausgenommen, es fährt in eine Hauptstrasse hinein. Immer, ausgenommen eine Hauptstrasse. Das heisst, auch in einen Kreisel hinein hat das Tram Vortritt. Die Verkehrstafel am Neuweilerplatz, die du angesprochen hast, ist etwas, das gar nicht vorgesehen ist im Strassenverkehrsgesetz. Das gab lange juristische Abklärungen. Denn dazumal, als der Neuweilerplatz so gestaltet wurde, fragte man sich: Wie macht man das mit dem Tram, das hat ja Vortritt! Aber das weiss ja der normale Verkehrsteilnehmer nicht, und somit könnte er überrascht sein, dass das Tram einfach hereinfährt. Und so hat man diese Lösung gefunden, dass man eine Tafel hinstellt „Tram hat Vortritt“. Deshalb ist diese Tafel dort. Aber es ist nicht so, dass das Tram wegen dieser Tafel Vortritt hat, sondern es hat allgemein Vortritt. Das ist so. Dann möchte ich etwas sagen zu der angesprochenen gewünschten Geschwindigkeit, mit der das Tram einfahren wollte: Schrittgeschwindigkeit, wie schnell ist das – das sind 5 km/h. 5 km/h ist sehr langsam und sehr gefährlich. Wir müssen uns heute schon in Kreuzungsbereichen, oder allgemein im Verkehr, mit einem solchen Fahrzeug so bewegen, dass wir die Verkehrssicherheit auch mittragen können. Und wir dürfen nicht denken: Judihui, jetzt habe ich grüne Farbe unterm Hintern, jetzt darf ich zufahren. Und das hätten wir auch nicht, wenn eine Lichtanlage käme. Wir haben nicht ein absolutes Vortrittsrecht auf Biegen und brechen, nur weil wir freie Fahrt signalisiert haben. Und somit müssen wir diesen Kreuzungsbereich so oder so „mit der nötigen Vorsicht“ befahren. Und da kommt es immer darauf an, wie die Sichtverhältnisse, wie die Strassenverhältnisse, Verkehrsverhältnisse etc. pp. sind. Wenn man sagt „5 km/h“, so kann auch das schon zu schnell sein. Darum: So eine Geschwindigkeits-Vorschreibung ist nicht das Ideale. – „Die BVB“ möchte anscheinend unbedingt dieses Lichtsignal. Ich habe schon in der VPK gefragt: Wer von der BVB? Schreibtischtäter, habe ich gesagt, aber nicht solche, die selber fahren. Dann hiess es: Doch, doch, die Direktion will das. Und ich kann euch einfach hier drinnen sagen, für die, die es noch nicht wissen: Bei uns fahren sowohl der Direktor wie der Vizedirektor regelmässig Tram. Und ich weiss es jetzt 100-Pro: Der Vizedirektor sagte meiner Frau, zum Glück sind Sie im Einwohnerrat, da können Sie noch etwas unternehmen gegen dieses blöde Lichtsignal. Das sind eben diese so genannten Schreibtischtäter, die das wollen. Die fahren nicht über diese Kreuzung. Das einfach nur dazu. Ich bitte euch einfach, wenn wir dann über den Antrag befinden, den die SVP stellt, dem zuzustimmen. Dann haben wir nämlich zwei Fliegen mit einem Schlag: Das Lichtsignal weg und eine sichere Veloverbindung. Und das hilft allen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Also ich verstehe gar nichts von der BVB und lasse mich darum überraschen, was dann gesagt wird. Es geht mir aber um zwei andere Sachen, die ich noch schnell richtigstellen möchte, aus Voten, die ich heute gehört habe, damit man den Zusammenhang sieht. Das Erste ist: Die Sicherheit ist immer an oberster Stelle gestanden, und die ganze Velo-Thematik ist alles andere als neu. Ich wusste, dass das heute wahrscheinlich diskutiert wird, darum liegt mir auch daran, das nochmals schnell zu sagen. Wer will, kann es bei mir einsehen: Am 15. Juli 2005 schreibt der Gemeinderat an die Bau- und Umweltschutzdirektion, Tiefbauamt, und fordert ganz klar spezielle Fahrspuren für die Velos, um die Sicherheit für die Velofahrer zu erhöhen. Das war 2005. Dann haben wir nachgehakt, weil es immer noch nicht gemacht worden war, am 24. Januar 2007, also nochmals die gleiche Forderung. Ich möchte einfach klarstellen, wir planen nicht einseitig und haben eigentlich immer beide Augen offen. – Ein anderes Thema, das angesprochen wurde, ist die Baslerstrasse. Beim Kreisel Baslerstrasse/Grabenring geht es darum, dass die Verkehrssituation verbessert werden soll durch eine Verflüssigung des Verkehrs. Die nächste Frage, die sich dort aber stellen wird, ist die Kreuzung Hegenheimermattweg/Grabenring. Und dort wissen wir, dass, wenn wir keine weiteren Rückstaus haben wollen, eine Verkehrsverflüssigung möglich werden muss. Das ist die Massnahme, die mit dem Kreisel zusammenhängt – sonst keine einzige. Keine einzige. Wir sind aber – und ich komme nachher noch darauf zurück, wenn es heute noch reicht, bei der Beantwortung einer Interpellation – in einem Projekt im

Euro District, zusammen mit den Franzosen, wie man die Verkehrssituation für etwa ein Drittel des Verkehrs grenzüberschreitend besser in den Griff bekommen könnten. Dann die Baslerstrasse, die angesprochen wurde: Sehr verehrte Damen und Herren, die wird keine Rennbahn! Erstens wird die Baslerstrasse jetzt nur wegen des öffentlichen Verkehrs einer Totalsanierung unterzogen. Die Baslerstrasse wird nicht als Strasse saniert. Sondern die Baslerstrasse wird wegen dem Tram saniert. Denn der Unterbau des Trams ist defekt. Und Sie habe ja gesehen, es gibt jetzt schon Stellen, wo man im Tram Tempo wegnehmen muss, weil es zu wackeln anfängt. Denn das tiefe Fundament ist nicht mehr stabil. Mit anderen Worten, der Auslöser der Totalsanierung der Baslerstrasse ist die BVB und niemand anderes. Damit möchte ich auch sagen, es geht nicht darum, irgendwie die Kapazität der Baslerstrasse zu erhöhen. Ich kann Ihnen klar sagen, es gibt Diskussionen, dass eine Lichtsignalanlage bei der Binneringerstrasse/Baslerstrasse hingestellt wird, weil man dort nicht sicher von der Binneringer- in die Baslerstrasse einbiegen kann. Es gibt sicher keinen Kreisel im Ziegeleiareal bei der Ziegelei-Kreuzung. Das sind wichtige Informationen. Zum anderen möchte ich sagen, es kommt ein Veloweg vom Grabenring aus, vom Elsass her, über die Baslerstrasse, also an der Traminsel vorbei, Gartenstrasse, dann nach vorne bis zur Tramhaltestelle Ziegelei. Das heisst also, die kantonale Veloroute wird auf der Baslerstrasse realisiert mit diesem Umbau wegen der Geleise. Mit anderen Worten: Auch der Veloverkehr wird auf der Baslerstrasse zum Handkuss kommen. Damit wollte ich einfach die Aussage ins richtige Licht stellen, wonach versucht werde, aus der Baslerstrasse eine Hochleistungsstrasse zu machen. Dem ist nicht so. Aber, ich möchte auch ehrlich bleiben, das Faktum ist das: Es ist die zweitmeistbefahrene Strasse von Allschwil, nach der Binneringerstrasse. Und dieser Aufgabe müssen wir natürlich auch nachkommen auf der Baslerstrasse, wenn wir die Quartierstrassen entlasten möchten. Ich darf aber auch sagen, der Gemeinderat setzt sich nach wie vor – darauf komme ich dann auch nochmals zu sprechen – für eine Umfahrung von Allschwil ein, bis hin zur Südumfahrung, womit wir eben den Durchgangsverkehr, den wir haben, von unseren Strassen wegholen könnten, seien das Quartierstrassen oder die Baslerstrasse. Ich habe mir erlaubt, das ein wenig im Zusammenhang darzustellen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Als ich dieser Diskussion gefolgt bin, habe ich mich zum Teil gefragt, wer von euch allen die Kreuzung Grabenring/Baslerstrasse als Auto- und als Velofahrer kennt. Ich fahre, seit ich zehn Jahre alt war, über diese Kreuzung. Mich hat auch schon mal ein 68er aufgeladen, seitlich, der abbog, während ich eigentlich regulär geradeaus fahren wollte. Weil ich Velo fahren konnte, stand ich. Und er fuhr mir davon. Solche Sachen brauchen wir auch nicht mehr. Ich habe mich gefreut über die vielen konstruktiven Vorschläge, die hier kamen. Ebenfalls habe ich mich gefreut, dass der Gemeinderat die Velosache ernst nimmt und mit einer Pro Velo zusammenarbeitet. Das kann ich nur unterstützen. In Basel gibt es alle möglichen Kurse der IG Velo, oder eben Pro Velo, gemeinsam mit der Polizei, in denen den Kindern beigebracht wird, wie man Velo fährt, auch über Kreisel. Wir haben am Bundesplatz schon viele Male geübt, ich ging dann mit den Kindern jeweils hin. Die IG Velo und die Polizei sind sich nicht immer ganz einig, welches die ideale Variante ist, um so einen Kreisel zu befahren. Es haben alle Respekt vor diesem Ding. Und ich glaube, der Schlüssel ist, dass man weiss, wer man ist, und fährt entschieden klar auf dem Velo. Nicht frech, aber wahrnehmbar für die Automobilisten, das erhöht die Sicherheit. Das geht nur mit Schulung. Und das möchte ich dem Gemeinderat ans Herz legen, dass er das mit den Allschwiler Schülern macht, sobald wir Kreisel haben.

Das nächste betrifft die Markierung zwischen den Tramschienen. Als Motorradfahrer habe ich einen Heidenrespekt vor jeder Markierung und vor Gullydeckeln auf der Strasse, denn sobald es nur ein bisschen nass ist und ich in die Kurve liege, dann drohe ich umzufallen, egal mit was. Wenn ich nun vom Dorf her komme in Richtung Grabenring, dann kreuze ich in Schräglage zwei Tramschienen plus eine Markierung – als da bin ich stutzig geworden, als ich das hörte. Ich habe nichts gegen Markierungen. Aber einfach unbedingt rutschsicher, oder vielleicht lieber doch nicht. Der Kreisel ist nicht so riesig. Ich muss dort einfach mit dem Tempo runter, und dann ist auch meine Sicherheit höher.

Über die Varianten kann man streiten, Ich fand es toll, dass ihr eine Methode ausgearbeitet habt, die ihr nun dem Kanton vorschlagen wollt. Meine wäre auch einfach, wie du vorhin gesagt hast: Aus dem Baselmattweg heraus wie jetzt, und dann an die Traminsel heran, eigentlich auch wie heute schon, und dann einfach, bevor die Traminsel aufhört, über die Fussgängerstreifen drüber – man müsste das dann legalisieren, dass man dort fahren darf – drüben übers Trottoir, und dann vor – oder nach dem Kreisel, es kommt darauf an, aus welcher Perspektive – in die Gartenstrasse hinein. Das Velo müsste so eigentlich gar nicht über den Kreisel, sondern es wird vorgängig weggeführt. Ich gebe euch diese Variante einfach nochmals mit.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Zuerst eine Frage an den Gemeinderat. Mich würde interessieren, welchen Einfluss der Antrag von Josua Studer auf die Entwicklung des ganzen Projekts

hätte. Das mal vorweg. Es ist jetzt viel gesagt worden über Verkehrsfluss und über Sicherheit. Jérôme Mollat, was du vorhin sagtest: Es geht da nicht um einen Rückstau oder darum, den Verkehr flüssiger zu machen. Sondern es steht in einem grösseren Zusammenhang mit Ziegelei, Hegenheimermattweg, ganz klar. Diese Kreuzung ist natürlich überfordert. Nicht weil sie so gebaut wurde, sondern weil einfach das Verkehrsaufkommen durch die neu erstellten Liegenschaften in Richtung Zoll, oder durch das, was über den Zoll hereinkommt, in den letzten 20 Jahren sicher verdoppelt wurde. Zum Thema Sicherheit: Etwas hat mich stutzig gemacht, was Robert Vogt vorhin sagte: der „geübte“ Velofahrer. Ich weiss nicht, was ein „geübter Velofahrer“ ist. Es gibt ängstliche, vorsichtige, es gibt forsche, fordernde. Geübt ist wahrscheinlich jeder. Der ängstliche – das war das, was damals vor 12 Jahren passierte. Das Kind ist nämlich an der Kreuzung stehen geblieben, wusste nicht, was es tun soll – und den Unfall hatten wir. Alle anderen, die so genannten Geübten, werden nämlich nicht über diesen Fussgängerstreifen gehen; die werden wahrscheinlich ringsum fahren, weil sie ja geübt sind. Und was Anton Lauber gerade sagte: Der Veloweg vom Elsass her in Richtung Dorf führt ja auch über diese Kreuzung. Ich nehme an, dass die geübten Velofahrerinnen und Velofahrer mit den Radlerhosen, oder die Familie beim Ausflug, die vom Elsass retour kommen, oder die von hinten vor kommen aus Richtung Friedhof und in Richtung Stadt wollen, dass die wahrscheinlich über diesen Veloweg fahren werden, sprich über die Kreuzung. Und das ist jetzt euer Vorschlag mit dem Abbiegen nicht ganz klar geworden. Ich finde auch den Vorschlag von Philippe sehr gut, den Baselmattweg schon vorher abzunehmen. Ich denke einfach, der Begriff „geübter Velofahrer“ ist sehr, sehr gefährlich. Jeder von meinen Schülern ist geübt. Sobald der Polizist mit denen eine Verkehrsschulung macht in den roten Umhängen, wenn das ganze Dorf weiss, he, sie sind unterwegs: Ab dann dürfen sie offiziell auf die Strasse. Aber sie sind einfach noch nicht geübt. Es geht mir wirklich um Sicherheit. Und da denke ich, ist es sehr, sehr wichtig, dass wir diesen Veloweg hineinbringen. Eine Variante, die der Gemeinderat schon vor Jahren auf dem Tisch hatte: Es hatte mal einen Veloweg, eine Velospur ringsum. Also das ist ja nicht irgendwie etwas Neues. Sondern das ist halt jetzt wieder weggefallen im neuen Konzept, das wir jetzt haben. Drum würde es mich jetzt interessieren: Was wäre die Konsequenz, wenn wir die Bedingungen, die Josua Studer beantragt hat, nicht einbauen könnte?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich kann das gerne beantworten. Also wenn der Antrag von Herrn Studer lauten würde: Wir sprechen das Geld nur dann, wenn die Lichtsignalanlage nicht gebaut wird, dann könnte es tatsächlich passieren, dass dieser Kredit nicht gesprochen wird. Denn: In der Kompetenz des Einwohnerrates liegt es jetzt einfach nicht, dass wir beim Projekt mitreden könnten. Das heisst, der Einwohnerrat kann den Kanton nicht zwingen, auf diese Lichtsignalanlage zu verzichten. Das ist ein kantonales Bauwerk, und der Kanton wird die Verantwortung übernehmen müssen, wenn er das Lichtsignal weglässt. Und deswegen können wir – also der Einwohnerrat – ihm das nicht vorschreiben. Das ist unmöglich. Wir könnten höchstens dadurch den Kredit zu Fall bringen. Das können wir. Das kann der Einwohnerrat.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Im Namen der Grünen-Fraktion möchten wir den Antrag von Herrn Studer unterstützen, zumindest den Teil, der die Verknüpfung von Verpflichtungskredit und Velosicherheit angeht. Wir finden das auch eine sehr gute Idee. Was wir uns noch fragen: Wer kontrolliert das, ob jetzt dieser Kreisel wirklich velosicher ist oder nicht? Welche Behörde nimmt diesen Kreisel schlussendlich ab? Das Votum von Jérôme Mollat hat mir auch sehr gut gefallen. Er hat angesprochen, dass man sich bei diesem Kreisel darüber klar sein muss, dass es nicht im eigentlichen Sinn um eine Verkehrsberuhigung geht, sondern allenfalls um eine Verkehrsverflüssigung. Und um den Verkehr wirklich zu reduzieren, sind sicher noch weitere Massnahmen nötig. Ich denke da zum Beispiel an Park- & Ride-Anlagen, an Verlängerung von Tram- und Buslinien. Die Ideen sind schon im Raum, und wir würden sie gern zu einem späteren Zeitpunkt mit Ihnen diskutieren. Stichwort Schulung: Meine Kollegin hat mich gerade darauf angesprochen: Vielleicht wäre es nicht nur nötig, dass man Velofahrer schult, sondern auch Autofahrer. Wenn ich als Velofahrer in einen Kreisel einfahren will, muss ich immer zuerst schauen: Kommt ein Autofahrer? Gewährt mir der Autofahrer auch den Vortritt? Das wäre auch einmal ein Projekt, das man ins Auge fassen müsste. Was ein weiterer wichtiger Punkt ist, der fast ein wenig untergeht in der ganzen Geschichte, ist der zweite Antrag, diese 200'000 Franken für diese 20 Parkplätze. Da sind wir der Meinung, das ist wirklich überrissen. Angesichts der Tatsache, dass man beim Projekt Tempo 30-Zone 147'000 Franken nicht gesprochen hat, vor dem Hintergrund, man habe zu wenig Geld – dort hätte man für sehr viele Schüler die Sicherheit verbessert, sehr viele Anwohner hätten weniger Verkehrslärm gehabt – dort hat man das Geld nicht gesprochen. Und jetzt will man für 20 Parkplätze 200'000 Franken ausgeben – das finden wir unangemessen. Ich möchte Sie bitten, die Prioritäten richtig zu setzen in dieser Angelegenheit.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe damals, als der Unfall passiert war, mit einem Mädchen an dieser Kreuzung Unterschriften gesammelt. Wir waren Mütter, die dort in der Nähe wohnten, und wir haben rund 1000 Unterschriften zusammenbekommen und sie nach Liestal gebracht. Und es freut mich, dass jetzt endlich etwas gemacht wird dort. Wo ich mir aber nicht ganz so sicher bin, ist, dass die Varianten – die erste oder die zweite Variante – für Kinder sicher sind. Wenn ich noch Kinder hätte, die über diese Kreuzung müssten – ich würde sie nur mit Angst fahren lassen. Vor allem könnte ich mir vorstellen, dass es besser wäre, wenn man diese Kinder am Baselmattweg abnehmen würde und sie dort über einen Fussgängerstreifen einfahren lassen würde. Sonst fahren die Kinder ja in beiden Richtungen über den Kreisel, und ich glaube, das ist auch für die Autofahrer sehr verwirrend. Das ist jetzt so meine Idee. Aber sonst bin ich sehr froh, dass dieser Kreisel kommt, und dass es dort auch eine Entlastung für die Autofahrer gibt. Und hoffen wir, wenn dann der zweite Kreisel kommt, dass es dann noch besser wird.

Ich möchte aber noch etwas zu den Parkplätzen im Dorf sagen. Die 25 Parkplätze, die wegfallen, müssen wir dringend erhalten. Denn vis-à-vis, also schräg vis-à-vis, kommen alle Parkplätze weg. Und es hat dort eine Bank, es hat Geschäfte, die Kirche ist dort, die Tagesstätte ist dort, wo die Eltern ihre Kinder bringen. Wo können denn die nachher halten? Ich glaube, die Kinder bringt man schon mit dem Auto, kann ich mir vorstellen. Aus diesem Grund muss man diese Parkplätze erhalten, weil es im Dorf selber wenige Parkplätze hat. Es hat nicht viele Parkplätze, und wenn es noch weniger hat, erstickt das Dorf im Suchverkehr derer, die keine Parkplätze finden. Anderenfalls werden auch die Geschäfte vom Rest abgenabelt. Wenn die Leute keine Parkplätze mehr finden, gehen sie dort nicht mehr einkaufen. Also, ich glaube, diesen Kredit sollten wir sprechen. Man kann sich dann ja immer noch überlegen, ob man später einmal etwas fürs Parkieren verlangen will.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen, und zwar auf Schluss der Rednerliste. Das heisst, die, die sich eingetragen haben, können noch reden, und damit würden wir die Diskussion dann abschliessen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es sind wieder ein paar Sachen angesprochen worden. Ich möchte mal folgendes sagen: Wir können heute keinen bedingten Finanzkredit beschliessen. Es gibt einen Finanzkredit, oder es gibt keinen. Und dann müssen wir aufpassen, wovon wir reden: ob wir vom Tram oder von den Velos reden. Also ohne Lichtenanlage gibt es gar nichts. Das ist eins, das klar ist. Das haben wir nachgefragt, und die Antwort der BVB – wer das dann ist, war sehr klar – war: Das gibt es nicht. Das war ein sehr apodiktisches Nein. Damit meine ich also: Da können wir gerade so gut „nein“ stimmen, wenn es heute Abend um die Lichtenanlage geht. – Dann geht es um den Veloverkehr. Wir suchen die bestmögliche Lösung, angrenzend an 100-prozentige Sicherheit. Aber wie diese Lösung am Schluss dann aussehen soll, das ist ein wenig fraglich. Da gibt es mehrere Varianten und mehrere Ansichten. Und da bin ich der Meinung, dass der Landrat garantiert, wenn wir den Kredit sprechen, unseren Argumenten auch Folge leisten wird und eine Lösung erarbeitet wird, die unseren Anliegen puncto Veloverkehr bestmöglich nachkommt. Wir werden uns dafür einsetzen, und letztendlich haben wir für das auch unsere Landräte oben in Liestal, so dass wir das dann so realisieren können. Ich denke also, dass wir da auf einem guten Weg sind. Mit der Vorlage, die wir jetzt haben, sind die ersten guten Zeichen gesetzt worden, dass man bereit ist, sich für den Veloverkehr als solchen zu engagieren. Da denke ich, das ist doch sehr wichtig. Zum anderen muss ich klar festhalten, es ist grundsätzlich die Gemeinde Allschwil, die aus einem Sicherheitsbedürfnis heraus den Kreisel verlangt hat. Das war also nicht primär der Wunsch des Kantons, dass man dort einen Kreisel realisiert. Und damit habe ich auch beantwortet, warum wir heute über einen Verpflichtungskredit diskutieren, den die Gemeinde mitfinanzieren muss. Es wurde das Verursacherprinzip angesprochen. Genau mit diesen 220'000 Franken werden wir wegen dem Verursacherprinzip geplagt. Wir haben uns zwar immer dagegen gewehrt, weil der Verkehr dort zu einem Grossteil der binationale Verkehr ist. Aber da mittlerweile sämtliche Gemeinden im Kanton freiwillig an ihre Kreisel bezahlt haben, wird das auch von Allschwil erwartet.

Felix Keller, Präsident: Herr Siro Imber hat einen Ordnungsantrag gestellt auf Abbruch der Detailberatung, und dass die Redner, die auf der Liste stehen, ihr Votum noch abgeben können. Ich komme zur Abstimmung. Wir sind 35 Stimmende.

://:

Dem Ordnungsantrag wird mit 22 Ja, bei 12 Nein und einer Enthaltung, zugestimmt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Am Anfang hat Herr Vogt eine Folie an die Leinwand projiziert wegen dem Veloweg. Einmal hat das Tram keinen Halt und fährt durch. Das ist eine falsche Sicherheit, die da publiziert wird. Und davor möchte ich einfach ein wenig warnen. Wenn man da sagt, das Tram macht jetzt langsam, wir haben eine Anweisung, auf Sicht zu fahren und nicht mit Schritttempo oder mit wünschenswertem Tempo, wir haben da interne Regeln, die wir beachten müssen – also dieser Sache kann ich nicht ganz zustimmen. Das andere, was ich zum Lichtsignal noch sagen möchte: Wir haben an der Messe einen Kreisel mit Lichtsignalanlage. Als ich hörte, dass so ein Kreisel hier hinkommen soll, fragte ich bei jemandem aus dem Familienkreis, der bei der Basler Polizei arbeitet. Und der sagte: Wenn es dort kracht mit dem Tram, hatte der Autofahrer immer Rot. Es ist also verwirrend. Der Autofahrer sagt dann meistens auch: Oh, das habe ich nicht gewusst! In einem Kreisel drin hat es ein Rotlicht? Also, es erstaunt mich auch, dass da von der BVB angeblich gesagt wird, dass das unbedingt kommen muss. Denn wir, die vorne fahren, wären froh, es wäre gar nie so eine Lichtsignalanlage in einem Kreisel aufgestellt worden. Denn es ist wirklich nur verwirrend und nichts anderes.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich gehe davon aus, dass die Verhandlungen Gemeinderat – Kanton weiterlaufen, und zwar intensiv. Und ich gehe davon aus, dass zum Kreisel ganz viele Fragezeichen hier drin sind, in ganz vielen Köpfen. Wobei ich ganz klar auch sagen möchte, der Kreisel wird auf jeden Fall eine Verbesserung sein im Vergleich zu dem, was wir jetzt dort haben, zu diesem „Stern-Spiel“, das dort zurzeit stattfindet. Aber ich könnte mir doch vorstellen, weil ja der Gemeinderat und der Kanton weiterarbeiten an diesem Projekt, könnte man beispielsweise diesen Entscheid auf die nächste Einwohnerratssitzung hinausschieben. Denn dann wären da die Antworten bezüglich Veloführung und bezüglich anderer Sachen, die noch offen sind. Ich sehe keinen Grund zur Eile, dass wir jetzt ja sagen müssten mit vielen Fragen. Das Geschäft läuft weiter, es ist aufgegleist, es wird weitergehen. Frage: Ist das möglich oder nicht? – Das Zweite noch schnell, zu den Parkplätzen. Ich habe es vergessen vor lauter Warten auf die Antwort des Gemeinderates. Die VPK schreibt in ihrem Bericht auf S. 2 in der Mitte: „Der Kanton stellt sich nämlich auf den Standpunkt, dass es auf Kantonsstrassen keine Parkplätze braucht, da Kantonsstrassen verkehrsorientiert sind.“ In dem Sinne kann ich den Antrag von Jérôme unterstützen. Ich habe damals beim Feuerwehrhaus den Antrag gestellt, es zu unterkellern und Parkraum zu schaffen. Es hiess: kein Bedarf! Es wäre dort beispielsweise eine Gelegenheit gewesen, diese Fahrzeuge hineinzustellen. Mathilde Oppliger sagte, wir bräuchten diese Parkplätze wegen der Kinder, die gebracht werden. Also ich kann dazu nur eines sagen: Frage mal den Peter Malzacher, wie der jeden Tag schimpfen muss, er komme nicht aus seiner Werkstatt heraus, weil vorne eben die Leute mit ihren Fahrzeugen kommen und den Steinbühlweg verstopfen. Der kam wirklich zu mir herüber und sagte: Jacques, mach etwas! Ich kann nicht mit dem Velo diesen Suchverkehr und Abholverkehr verhindern. Aber es ist wirklich so: Es wäre nicht nötig. Und übrigens, ich hätte noch eine ganz andere Idee wegen den Parkplätzen: Jetzt, wo ja im Letten ein grosser Parkplatz kommt, könnte man ja dort zum Beispiel das Auto hinstellen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Jean-Jacques Winter, ich möchte noch etwas sagen wegen dem zeitlichen Horizont. Das ist nicht so einfach. Also grundsätzlich müsste dieses Geschäft im Dezember in den Landrat gehen. Und der Landrat müsste, nach den Kommissionen, im Januar 2009 beschliessen können, damit man, wie geplant, im April 2009 starten könnte. Mit anderen Worten, wenn wir jetzt vertagen, laufen wir Gefahr, dass der Kreisel dann nicht in 2009, sondern erst im 2010 realisiert wird. Weil es sonst einfach von den zeitlichen Abfolgen her nicht mehr reicht. Das wollte ich nur schnell klarstellen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich wollte mich auch noch schnell zu den Parkplätzen äussern. Bei uns wurde in der Fraktionssitzung auch darüber diskutiert: Sind diese Parkplätze nötig, oder soll man sie aufheben, weil es so teuer wird? Dabei haben die folgenden Punkte bei uns zur Überzeugung beigetragen, dass wir für diesen Kredit sind: Auf der Gegenseite werden bereits Parkplätze aufgehoben. Zudem darf man das Augenmerk nicht nur auf das Jetzt und auf dieses Projekt richten, sondern man muss auch an die Zukunft denken. Und da gehen wir davon aus, dass, wenn man die Baslerstrasse weiter saniert, auch in Richtung Dorf hinaus Parkplätze verschwinden werden. Wenn wir die Parkplätze jetzt realisieren, zahlt auch der Kanton daran. Falls wir sie später wollten, müssten wir die Kosten tragen. Darum sind wir dafür, dass wir die Parkplätze jetzt so nehmen. Wie wir sie später bewirtschaften, können wir dann immer noch beschliessen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Auf der Traktandenliste steht ganz klar, dass wir heute Abend über zwei Verpflichtungskredite abstimmen. Die meisten hier drin wussten, dass es heute Abend eine riesengrosse Diskussion geben wird. Das hat man auch an der Häufigkeit der Redner gesehen. Es wurde engagiert geredet über den Veloweg, über die Sicherheit, und so weiter, und so fort. Dafür sind wir da, meine Damen und Herren. Jeder konnte es tun, und jeder konnte es ausgiebig tun, seine Meinung zu sagen, seine Bedenken zu äussern, seine Wünsche zu äussern. Aber jetzt, meine Damen und Herren, glaube ich, sind wir an dem Zeitpunkt angekommen – und das hat vorhin Gemeinderat Vogt gesagt, und der Gemeindepräsident Dr. Lauber – jetzt müssen wir entscheiden. Und jetzt müssen wir entscheiden: Sagen wir ja zu diesem Kreisel, mit diesen Wünschen und Bedenken, die wir angebracht haben. Mehr können wir im Moment nicht tun, anderenfalls muss mich jemand darüber belehren. Im Moment sind unsere politischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Und jetzt müssen wir uns entscheiden: Wollen wir den Kreisel oder wollen wir ihn nicht? Haben wir Vertrauen in die IG Velo, in diese Gremien, in die Baukommissionen, die jetzt am Schluss dieses Projekt ausarbeiten? Haben wir in diese Fachkräfte Vertrauen? Und jetzt geht es meiner Meinung nach darum, dass wir entweder ja zu diesem Verpflichtungskredit sagen oder nein. Und aus dem Grund, meine Damen und Herren, hat die CVP einen Antrag gestellt auf namentliche Abstimmung. Uns ist dieses Thema wichtig.

Felix Keller, Präsident: Es sind fünf Unterschriften vorhanden, von dem her gibt es namentliche Abstimmung. Ich frage aber die CVP-Fraktion an, ob das für alle Anträge gelten soll, inklusive der Anträge der SVP und der FDP, inklusive der vier Anträge des Gemeinderates? Das wäre ein wenig viel. Inklusive noch Schlussabstimmung. Dann hätten wir sieben namentliche Abstimmungen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Also gut. Es geht in erster Linie um den Kreisel. Das hat Priorität wegen der Sicherheit. Also dort ganz sicher. Und zweitens auch noch über den Verpflichtungskredit zur Erhaltung dieser Parkplätze. Meine Damen und Herren, wenn wir dort Parkplätze wegnehmen, dann nehmen wir dem Dorf den Atem.

Felix Keller, Präsident: Ich habe das also richtig verstanden: Es geht darum, über Antrag 1 und 2 des Gemeinderates namentlich abzustimmen.

Jürg Gass, SVP-Fraktion: Noch ganz kurz: Es geht wirklich um diesen Kreisel. Man sagt, es soll dort sicherer werden. Es ist garantiert so, das, was wir jetzt haben, ist das Unsicherste, was wir haben. Ich habe mich einfach am Schluss dann mal gefragt, als man den Kreisel plante, ist eigentlich Wegmatten noch im Gespräch gewesen. Warum macht man eigentlich nicht nur eine Lichtsignalanlage dorthin? Das wäre immerhin sicherer als das, was wir jetzt haben, und es wäre auch billiger. Aber mir ist es auch recht, einen Kreisel dorthin zu machen. Der Rückstau wird sicher genau gleich bleiben. Denn die zweitmeistbefahrene Strasse in Allschwil wird den Verkehr mittelfristig nicht mehr schlucken können, wenn man weiss, was da alles an Zuzüglern ist, und wenn man weiss, was da im Gewerbegebiet alles passiert: Es wird dort irgendwann zum Kollaps kommen, solange wir den ganzen Verkehr durch Allschwil hindurchlenken. – Was die Parkplätze angeht, spricht mir zwar Herr Mollat aus dem Herzen, dass man das ganze Zeug nicht immer gratis abgeben sollte. Ich bin zwar dafür, dass man die macht, die Parkplätze dort, aber selbstverständlich nur als Blaue Zone. Dann fällt schon mal das weg, dass die Ausländer, oder die, die dort durchfahren, länger parkieren. Man kann eben in die Kirche, man kann ausladen usw. Und das wäre vielleicht der erste Schritt, um einmal Parkgebühren einzuführen. Um das auch mal zu sagen, dort könnte man nämlich auch etwas herausholen. Also diese Parkplätze, diese 16 – ein paar verschwinden ja noch auf der anderen Seite – stören mich auf dieser Kantonsstrasse überhaupt nicht. Aber um Gottes Willen blau, und sicher nicht weiss! Dann hört das nämlich wirklich auf mit denen, die ihr Auto dort hinstellen und sagen, ich gehe jetzt schnell aufs Tram. Ich beobachte das auch jeden Tag. Ich gehe bei der Kirche arbeiten und sehe auch mehr gelb als weiss.

Felix Keller, Präsident: Damit ist die Detailberatung abgebrochen. Ist das Wort gewünscht seitens des Präsidenten der VPK?

Jürg Vogt, Präsident der Verkehrs- und Planungskommission: Die gleiche Diskussion im gleichen Rahmen hatten wir natürlich in der Kommission auch. Und ich denke, es ist wirklich ein Vernunftentscheid, diesen Anträgen zuzustimmen, und auch ein Zeichen an den Kanton, dass wir da auf dem richtigen Weg sind.

Felix Keller, Präsident: Das Schlusswort hat der Gemeinderat. – Das ist nicht gewünscht. Ich komme zu den Anträgen, die auf dem Tisch liegen. Ich habe jetzt also zwei Anträge zusätzlich, einen von der SVP. Die SVP stellt den Antrag:

Der vom Gemeinderat beantragte Verpflichtungskredit soll nur verwendet werden können, wenn bei der Realisierung des Kreisels Grabenring auf die geplante Signalanlage verzichtet und eine gute Veloverbindung von der Gartenstrasse zum Baselmattweg geschaffen wird.

Dann haben wir einen ähnlich lautenden, etwas kürzeren Antrag der FDP. Er lautet schlicht:

Es sei dem Kanton zu empfehlen, auf die Lichtsignalanlage für das Tram zu verzichten.

Ich schlage vor, dass wir zuerst separat über diese beiden Anträge abstimmen, und anschliessend dann, falls beide angenommen wären, gegenseitig austarieren würden. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Das ist der Fall.

Damit kommen wir zuerst zur Abstimmung über den Antrag der SVP. Wer dem zustimmen kann, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird mit 23 Nein, bei 10 Ja und einer Enthaltung, abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der FDP. Wer dem Antrag der FDP zustimmen will, möge das bezeugen.

://:

Dem Antrag wird mit 26 Ja, bei 9 Nein, zugestimmt.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen des Gemeinderates, S. 11 des Berichts, das erfolgt jetzt namentlich.

1. An den Umbau des Knotens Baslerstrasse/Grabenring wird ein pauschaler Verpflichtungskredit von CHF 220'000 bewilligt.

://:

Dem Antrag wird in Abstimmung unter Namensaufruf mit 33 Ja, bei 1 Nein und 1 Enthaltung, zugestimmt, wie folgt:

Einwohnerrat – Abstimmung mit Namensaufruf, G Nr. 3663, Ziff 1	Ja	Nein	Enth
Adam Philippe	x		
Adam Rolf	x		
Amrein Susanne	----	----	----
Bammatter Andreas	x		
Benz Christoph	x		
Bieri Armin	x		
Bitterli Andreas	x		
Cueni Dr. Lucius	x		
Gass Jürg	x		
Gosteli Julia	x		
Gürtler Kathrin	x		
Hauser Simone	x		
Huschke Gabriela	x		
Imber Siro		x	
Imhof René	----	----	----
Keller Felix	x		
Kneier Kurt	x		
Lorenz Sarah	x		
Mamie Michel	x		
Maurer Simone	x		

Mollat Jérôme			x
Oppliger Mathilde	x		
Pausa Franziska	x		
Pozivil Ursula	x		
Richner Robert	----	----	----
Sakar Semra	x		
Schwarz Werner	x		
Selinger Barbara	x		
Roos Cedric	x		
Studer Josua	x		
Studer Susanne	----	----	----
Tschui Hans-Peter	x		
Ulusoy Nedim	x		
Urscheler Rita	x		
Vögelin Giulio	----	----	----
Vogt Jürg	x		
Wartenweiler Joël	x		
Winter Jean-Jacques	x		
Wolf Stephan	x		
Zimmermann Simon	x		
Summe	33	1	1

2. An die Erhaltung der Parkplätze Baslerstrasse 51-71 wird ein pauschaler Verpflichtungskredit von CHF 200'000 bewilligt.

://:

Dem Antrag wird in Abstimmung unter Namensaufruf mit 19 Ja, bei 16 Nein, zugestimmt, wie folgt:

Einwohnerrat – Abstimmung mit Namensaufruf, G Nr. 3663, Ziff. 2	Ja	Nein	Enth
Adam Philippe	x		
Adam Rolf	x		
Amrein Susanne	----	----	----
Bammatter Andreas		x	
Benz Christoph		x	
Bieri Armin		x	
Bitterli Andreas		x	
Cueni Dr. Lucius		x	
Gass Jürg		x	
Gosteli Julia		x	
Gürtler Kathrin	x		
Hauser Simone	x		
Huschke Gabriela		x	
Imber Siro	x		
Imhof René	----	----	----
Keller Felix	x		
Kneier Kurt	x		
Lorenz Sarah	x		
Mamie Michel	x		
Maurer Simone		x	
Mollat Jérôme		x	
Oppliger Mathilde	x		
Pausa Franziska		x	
Pozivil Ursula	x		
Richner Robert	----	----	----
Sakar Semra		x	
Schwarz Werner	x		
Selinger Barbara		x	
Roos Cedric	x		
Studer Josua	x		
Studer Susanne	----	----	----

Tschui Hans-Peter	x		
Ulusoy Nedim		x	
Urscheler Rita		x	
Vögelin Giulio	----	----	----
Vogt Jürg	x		
Wartenweiler Joël	x		
Winter Jean-Jacques		x	
Wolf Stephan	x		
Zimmermann Simon	x		
Summe	19	16	

3. Für die beiden Verpflichtungskredite wird eine allfällige Baukostenteuerung genehmigt.

://:

Dem Antrag wird mit 33 Ja, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

4. Das Postulat No. 2241, „Einrichtung eines Kreisels im Kreuzungsgebiet Baslerstrasse/Grabenring“ wird als erfüllt abgeschrieben.

://:

Grossmehrheitliche Zustimmung

Wir kommen noch zur Schlussabstimmung über dieses Geschäft Nr. 3663

://:

Grossmehrheitlich Zustimmung

Damit ist das Traktandum 2 abgeschlossen

PAUSE

379 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

**Bericht des Gemeinderates vom 03. September 2008 betreffend
Kinder – und Jugendzahnpflege: Teilrevision Reglement / überarbeiteter
Subventionsschlüssel, Geschäft 3745**

Felix Keller, Präsident. Diese Vorlage betrifft vorwiegend die Anpassung des Subventionsschlüssels. Die Anpassung ist dem Subventionsschlüssel der Musikschule angeglichen worden, der im vergangenen Jahr, d.h. im November 2007, im Einwohnerrat bereits behandelt wurde. Das Geschäft 3686 wurde damals der Gemeindeordnungs- und Reglementscommission zur Vorprüfung vorgelegt. Wir möchten Ihnen daher beantragen, dass das Geschäft dieses Mal direkt im Einwohnerrat beraten wird. Ist diese Direktberatung bestritten? – Das ist nicht der Fall.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Wie der Präsident bereits sagte, haben wir vor einem Jahr hier drin den Subventionsschlüssel und das Reglement für die Musikschule behandelt. Damals hätten wir am liebsten beide Reglemente, also auch das, welches heute vorliegt, behandelt, weil sie im Punkt Subventionsschlüssel praktisch die gleiche Materie behandeln. Sie

können anhand der Ausgangslage, die in der Vorlage niedergeschrieben ist, nachvollziehen, warum das nicht geklappt hat. Ich gehe jetzt nicht in die Historie und werde nicht erzählen, weshalb das so kam. Wichtig ist, dass wir heute dieses Reglement, bzw. den Subventionsschlüssel, behandeln können. Beide Reglemente haben also einen Subventionsschlüssel. Beim Subventionsschlüssel für die Musikschule haben Sie als Einwohnerrat – jetzt muss ich doch ein wenig in die Historie, weil letztes Jahr noch nicht alle dabei waren – gewisse Begriffe und Sachverhalte definiert. Der Einwohnerrat hat zum Beispiel gesagt, was der Begriff „Eltern“ heissen soll in Bezug auf die Bemessungsgrösse. Jetzt muss ich rasch zitieren. Der Einwohnerrat sagte: „Bemessungsfaktor ist das massgebende Jahreseinkommen derjenigen Elternteile, die mit dem Kind im gleichen Haushalt leben.“ Das war ein wichtiger Teil, denn da gab es sehr viele Interpretationen in Bezug auf den Anspruch auf Subventionen. Das ist letztes Jahr geklärt worden, und ich hoffe, dass wir über das Thema Bemessungsgrösse nicht mehr diskutieren müssen. [Folie 1:] Auf die allgemeinen Erläuterungen möchte ich verzichten. Ich möchte dazu kommen, was in diesem Subventionsschlüssel/Reglement an Neuerungen enthalten ist. Wovon ist der Gemeinderat ausgegangen, was für Überlegungen hat er angestellt? Wesentlich ist, wie beim anderen Reglement, dass wir eine Vereinfachung haben gegenüber dem heute gültigen Schlüssel. So dass beispielsweise keine unterschiedlichen Subventionierungen für konservative und kieferorthopädische Behandlungen mehr vorgenommen werden, sondern dass beides gleich behandelt wird. Der Gemeinderat hat sich auch gesagt, wir wollen eine Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinden, also wir wollen unsere Subventionierung aufgrund dessen, was wir an Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinden haben. Und – wesentlich – in der Ausgestaltung soll es dann minimale Subventionskürzungen für unsere Einkommensklassen geben und minimale Subventionskürzungen für Familien mit mehreren Kindern. Das sehen Sie im Vergleich der Beilage 2 mit der Beilage 4, wo diese beiden Schlüssel mit einander verglichen werden können. Es geht darum, dass wir kein Giesskannenprinzip haben, und dass aber auch ein mögliches Einsparpotenzial vorhanden ist. Das heisst, weniger Subventionen ausrichten, das ist eigentlich der Kernpunkt. Weniger Subventionen ausrichten hat seine Grundlage darin: Der Gemeinderat hat in der Vorbereitung, auch zum anderen Reglement, festgestellt, dass wir Allschwiler hier eigentlich hohe Subventionen ausrichten. Das hat uns auch veranlasst, eine fremde Firma damit zu beauftragen, eine Variante auszurechnen, die uns alle möglichen Lösungen vorstellte. Wir haben uns dann für eine Variante entschieden; das ist die, die jetzt vorliegt. Dies war auch das Vorgehen letztes Mal beim Musikschulreglement. Das sind meine Ausführungen zu dem, was an Neuerungen vorhanden ist, also wie wir zu subventionieren gedenken. Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Man hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass der Teil „minimale Subventionskürzungen für untere Einkommensklassen“ nicht übereinstimmt mit der Zusammenfassung auf S. 6, wo es heisst, dass Einsparungen von rund 50'000 Franken pro Jahr möglich werden, „dies jedoch nicht zu Lasten der unteren Einkommensklassen“. Das ist ein wenig eine scharfe Formulierung, das stimmt. Ich nehme zur Kenntnis, dass das so nicht richtig sein kann, wenn man sieht, dass die unteren Einkommensklassen auch eine minimale Verringerung ihres Subventionsanspruches haben. Wesentlich ist aber, dass ab einem gewissen Einkommen nicht mehr subventioniert wird, und dort werden die meisten Einsparungen stattfinden können. Also früher hat man bis 80'000 Franken subventioniert, jetzt ist bereits ab 60'000 bis über 75'000 Franken praktisch keine Subvention mehr möglich. Und dort sind die Einsparungen. Es ist aber auch so, dass in den untersten Einkommensklassen ein ganz kleiner Teil wegfallen wird. Das ist aber nicht so erheblich wie bei den oberen. Wobei man sagen muss, ein steuerbares Einkommen von 20'000 Franken ist so klein, dass dann vielleicht auch 20 oder 30 Franken eine bedeutende Rolle spielen. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass dies vertretbar ist, die Abstufung, wie wir sie jetzt vorschlagen. Dann bin ich auch gefragt worden, wie denn der Ablauf der Subventionierung ist. Denn es gibt auch Leute, die keinen Subventionsanspruch mehr haben. Sie sind zwar Mitglied, bekommen eine Rechnung, die sie voll bezahlen müssen, und bekommen noch 12 Franken Gebühren dazu. [Folie 2:] Ich möchte Ihnen rasch aufzeigen, wie das zugeht. Also in der Kinder- und Jugendzahnpflege ist man Mitglied, wenn man sich anmeldet, entweder beim Zahnarzt oder bei der Gemeinde. Das Kind geht zum Zahnarzt – es hat mehrere in Allschwil, die die Bedingungen erfüllen, dass sie Schulzahnärzt/innen sein können. Wenn man Mitglied ist, dann stellt der Arzt oder die Ärztin eine Rechnung an die Gemeinde Allschwil. Und zwar zum Taxpunkt 3.10, das ist wesentlich. Das ist eine Vergünstigung, die dort schon stattfindet. Bei der Gemeinde, also im Departement, wird die Rechnung geprüft, jede einzelne. Also es wird der Subventionsanspruch überprüft. Dann zahlt die Gemeinde Allschwil dem Zahnarzt die Rechnung und stellt dann die Rechnung den Eltern – abzüglich der Subvention, plus Fr. 12.00 Verwaltungsgebühr. Also jede Rechnung, die an eine Familie geht, wird mit 12 Franken belegt. Das ist eine Frage, die mir oft gestellt wurde: Warum ist das so? Warum, wenn wir keinen Subventionsanspruch mehr haben, müssen wir noch 12 Franken Gebühren zahlen? Das steht im Reglement drin. Das war jetzt ein kleiner Exkurs, den ich da mache. Ich wollte es einfach erklären, denn ich wurde auch aus Ihrer Mitte heraus gefragt. Es ist auch so, dass Rechnungen keine Gebühr haben, wenn es um eine Kontrolluntersuchung ging, ohne Befund auf Karies oder was auch immer. – Wenn man nicht Mitglied ist, stellt der Zahnarzt die Rechnung direkt an die Eltern. Und da sind sie benachteiligt, weil der Zahnarzt dann den Taxpunkt zwischen 3.70 bis maximal 4.60 anwenden kann. Also diejenigen, die keine Subventionen mehr zugute haben, weil sie

in ihrem Einkommen zu hoch sind, aber trotzdem noch Mitglied sind, profitieren immerhin noch von einem niedrigeren Taxpunkt, den der Zahnarzt anwenden kann. So, jetzt habe ich hoffentlich mehr Klarheit als Verwirrung geschaffen und beantworte gerne Ihre Fragen und Anregungen.

Felix Keller, Präsident: Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass es um eine Änderung des Reglements geht. Damit gibt es zwei Lesungen. Wir machen heute die erste Lesung. Das kam auf der Traktandenliste nicht zum Ausdruck. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung. Wir werden das Reglement paragraphenweise aufrufen. Gibt es ein allgemeines Votum zum Geschäft?

Siro Imber, FDP-Fraktion: Da wir ja direkte Beratung haben, darf ich vielleicht eine Frage stellen, die man sonst in der Kommission stellen würde. Wenn nun zum Beispiel ein SUVA-Fall vorliegt wegen eines Unfalls, oder wenn ein Fall über die Unfallversicherung oder die Krankenversicherung, z.B. bei Zusatzversicherungen, läuft, ist es dann eigentlich so, dass bei dieser Art Rechnungsstellung die Gemeinde Allschwil dann diese Versicherungen subventioniert? Denn die Rechnungen, die die Eltern bekommen, sind ja schon subventioniert günstiger.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das weiss ich nicht. Aber wenn Sie mir das ein wenig näher schriftlich darlegen, werde ich das gerne untersuchen.

Felix Keller, Präsident: Kann man dann allenfalls in der zweiten Lesung eine Antwort geben? – Gut, in der zweiten Lesung gibt es eine Antwort, Herr Imber.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich wurde durch ein Elternpaar darauf aufmerksam gemacht, dass es durch den neuen Subventionsschlüssel ganz klare Verschlechterungen für die Familien gebe. Sie bekommen weniger; gerade Familien mit zwei oder drei Kindern bekommen nichts mehr. Und zwar hat man mir gesagt: Bis jetzt konnten sie vom steuerbaren Betrag 5'000 Franken pro Kind abziehen. Wenn sie drei Kinder hatten, waren das 15'000 Franken, die sie vom steuerbaren Betrag abziehen konnten. Sie kamen somit in eine tiefere Steuerklasse, mussten also weniger zahlen. Heute ist es so, dass man 700 Franken vom festen Steuerbetrag abziehen kann. Durch diese Änderung im Steuergesetz fallen diese Leute gar nicht mehr unter die Richtlinien dieser Subventionen. Ich weiss nicht, ob man das ein wenig beachtet hat. Ich meine, Familien mit Kindern haben es heute ohnehin ein wenig schwer mit den hohen Krankenkassenprämien und all dem. Ob man das also berücksichtigt hat, weiss ich nicht. Ich wollte nur sagen, der neue Subventionsschlüssel ist eine Verschlechterung für viele Familien.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ich verstehe dieses Anliegen gut. Es ist so, dass bei der Festsetzung der Ansätze, also ab welchem Einkommen es keine Subventionen mehr gibt, nicht beobachtet werden kann, was der Kanton in seiner Steuergesetzgebung hinsichtlich der Unterstützung von Familien mit Kindern macht. Das ist eine ganz andere Ebene. Es tut mir leid, dass es Menschen gibt, die dadurch weniger bekommen, dass der Kanton seine Gesetzgebung ändert. Für uns ist es eine Liste, die wir nach bestem Wissen und Gewissen machen, ohne dass wir dies berücksichtigen können. Sonst müssten wir andere Sachen auch noch auf einer ganz anderen Ebene berücksichtigen; das ist gar nicht möglich.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Herr Giger, Entschuldigung, ich weiss nicht, ob Sie es richtig verstanden haben. Wir haben eine neue Gesetzgebung. Und wenn diese neue Gesetzgebung in diesem Schlüssel berücksichtigt worden ist, dann ist alles bestens. Falls jetzt aber die neue Gesetzgebung, also der Wegfall dieser 5000 Franken Abzug pro Kind vom steuerbaren Einkommen, in diesem Lohnschlüssel nicht beachtet worden ist – ich weiss es nicht, vielleicht hatte man noch keine Kenntnis; und es ist nicht im Sinne eines Vorwurfs, wenn ich das sage – aber wenn das hier wirklich nicht berücksichtigt wurde, dann müsste man das, was Frau Oppliger sagte, meiner Meinung nach berücksichtigen. Denn das sind andere Voraussetzungen. Wenn vorher jemand 50'000 Franken verdient hatte und drei Kinder hat, dann hatte er mit dem Sozialabzug von 15'000 Franken ein steuerbares Einkommen von 35'000 Franken. Das war massgebend. Mit dem neuen Steuergesetz hat er 50'000 Franken steuerbares Einkommen. Von dem her gesehen ist es schon eine Verschlechterung. Die Frage ist jetzt einfach: Hat man das gewusst zu

dem Zeitpunkt, als man den Schlüssel erarbeitete, oder nicht. Das könnte man vielleicht zu Handen der 2. Lesung abklären.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ich bin der Meinung, das ich das schon richtig verstanden habe. Es ist immer noch so, dass der Subventionsschlüssel vom steuerbaren Einkommen handelt. Ich bin kein Steuerfachmann. Aber der Schlüssel redet darüber, wie viel eine Familie als steuerbares Einkommen hat. Und wie viel die betreffende Familie als Kinderabzug geltend machen konnte, können wir gar nicht wissen. Sondern wir haben die Zahl: dies ist das steuerbare Einkommen der Familie Sowieso. Aber ich werde das selbstverständlich gerne für die 2. Lesung vertiefter behandeln.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Entschuldigung, dass ich nochmals darauf zurückkomme. Aber eventuell könnte man ja die Beträge ein wenig höher setzen. Denn jetzt hat man die Höchstbeträge heruntergesetzt. Vielleicht könnte man sie gleich lassen wie bisher, oder sie um eine Kleinigkeit hochsetzen. Dann wäre schon eine Entlastung bewirkt.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte auch nochmals darauf hinweisen, wegen dieser Steuerproblematik, ich bin immer noch nicht ganz sicher, ob das nun richtig verstanden worden ist. Der Kanton hat in seinem kantonalen Steuergesetz die Bemessungsgrundsätze geändert, indem der Kinderabzug nicht mehr vom Einkommen gemacht werden kann, sondern direkt vom Steuerbetrag. Und das hat zur Folge, dass jeder Steuerpflichtige, der Kinder hat, automatisch ein höheres steuerbares Einkommen hat, was er aber mit einem Kinderabzug ausgleichen kann, der direkt vom Steuerbetrag weggeht. Wenn sich dadurch das steuerbare Einkommen erhöht, wirkt sich das natürlich negativ beim Verteilungsschlüssel aus. Und das ist das, was der Familie, die sich an uns wandte, natürlich nicht so gut eingefahren ist. Wir möchten zu Handen der 2. Lesung darum bitten, dass das nochmals abgeklärt wird, ob es nicht wegen dieser neuen Steuergesetzgebung eine Anpassung des Schlüssels braucht.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Danke für diese Präzisierung. Ich nehme das mit. Selbstverständlich werden Sie bei der 2. Lesung eine Darlegung des Gemeinderats dazu erhalten.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich habe im Prinzip nichts dagegen, wenn Einkommen von 70'000, 80'000 – steuerbares Einkommen nach allen Abzügen – keine Subventionen mehr erhalten, auch wenn sie 3 Kinder haben. Ich nehme an, das ist in einem Rahmen, wo das geht. Was ich problematischer finde, ist, wenn einer eineinhalbtausend Franken, zwei- dreieinhalbtausend Franken heimbringt pro Monat und ein paar Kinder hat. Der ist, glaube ich, wirklich froh um alle Subventionen. Ich weiss nicht, wer von euch sich noch an ein solches Einkommen erinnern kann. Dort würde ich 100 % subventionieren. Später, wenn es besser geht, darf man, denke ich, die Kurve schon etwas steiler anlegen und früher mit dem Bezahlen aufhören.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur eigentlichen Lesung des Reglements.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Abschnitte auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 - Geltungsbereich

Kein Wortbegehren

§ 2 - Zuständigkeit des Gemeinderates

Kein Wortbegehren

§ 3 - Administrative Belange

Kein Wortbegehren

§ 4 - Aufgaben der Eltern

Kein Wortbegehren

§ 5 - Kommunale Kontrollen und Prävention

Kein Wortbegehren

B. Finanzielles

§ 6 - Subventionsschlüssel

Kein Wortbegehren

§ 7 - Festsetzung des Subventionsansatzes

Jérôme Mollat, Fraktion FDP/Grünliberale: Ich möchte in diesem Zusammenhang auf unseren Antrag hinweisen. Wir stellen den Antrag, dass man bei § 7 einen ergänzenden Absatz 5 macht, der vorsieht, dass man einen Selbstbehalt von mindestens 20 % des Rechnungsbetrages vorsieht, mindestens aber 100 Franken pro Kind. Und zwar mit folgender Begründung: Wir sind der Meinung, dass die Eigenverantwortung der Bürger, d.h. der Anreiz für eine gute Zahnprävention, noch weiter erhöht werden sollte. Das kann man dadurch erreichen, dass der Selbstbehalt nicht, wie vorgesehen, nur 5 bis 10 % beträgt, sondern 20 % des Rechnungsbetrages – wie es übrigens auch in Pratteln der Fall ist. Ich möchte auch nochmals daran erinnern, dass Allschwil weiterhin eine sehr gute und komfortable Lösung hat, und dass wir deutlich mehr Subventionen auszahlen werden als beispielsweise Pratteln. Wenn man noch weiter die vom Gemeinderat gelieferten Zahlen näher betrachtet, so stellt man fest, dass ein wesentlicher Anteil der ausbezahlten Subventionen kleine Beträge sind von weniger als 100 Franken. Darum erachten wir es als sinnvoller, wenn man die Gelder den wirklich Bedürftigen zukommen lässt, das heisst dann auch bei höheren Rechnungsbeträgen. Drum unser Vorschlag, den Selbstbehalt bei mindestens 100 Franken pro Kind und Jahr anzusetzen. Ich möchte in dem Zusammenhang noch kurz auf die ganz geringen Einkommen hinweisen: Es wird in den allermeisten Fällen ja so sein, dass ganz geringe Einkommen ohnehin Anspruch auf Sozialhilfe haben. Wer Sozialhilfebezüger ist, hat ohnehin Anspruch auf eine vollumfängliche Rückerstattung sämtlicher Zahnarztkosten. Insofern wird es dort also nicht zu Härtefällen kommen.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Eine Subvention ist nicht etwas, das man bekommt, wie wenn man eine Versicherung abgeschlossen hat. Eine Subvention ist – wenn man die Systematik anschaut von dem, was wir hier heute Abend machen, nämlich einem Reglement einen Subventionsschlüssel geben – ein Anspruch aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse, in Abstufung, die die Menschen haben. Wenn Sie jetzt einen Selbstbehalt befürworten wollen, dann sprechen wir praktisch keine Subventionen mehr aus. Denn, Sie sagen das richtig, Herr Mollat, die Beträge bewegen sich eher in einem kleinen Rahmen, und es kommt eher weniger vor, dass die Rechnungen über 1000 Franken sind, so dass diese 100 Franken allenfalls noch als Rechnungsbetrag einen Sinn machen würden. Eine einkommensabhängige Subventionierung widerspricht nicht nur sprachlich, sondern auch vom ganzen Verhalten her einer pauschalen Selbstbehaltregelung. Das ist ein Widerspruch in sich, wenn Sie das hier drin machen. Wenn Sie dem zustimmen, dann deklassieren Sie den Gedanken der Subvention nach dem wirtschaftlichen Vermögen, das jemand hat, zu einer Farce. Und ich bitte Sie, dem nicht zuzustimmen. Lehnen Sie das bitte ab.

Jürg Gass, SVP-Fraktion: Gemeinderat Giger hat schon fast alles gesagt. Es geht mir gar nicht auf, das Ganze. Wie gesagt, „wie eine Versicherung“: Wenn man das jetzt in ein Reglement hineinnimmt, dann ist es sowieso kritisch, wenn man im Reglement, in einem Paragraphen drin, auch noch einen Geldbetrag nennt. Da hätte man meinetwegen noch mit Prozentzahlen etwas machen können. Aber mit dem Geld, das jederzeit wieder ändern kann, denn der Subventionsschlüssel wird ja auch jährlich wieder festgesetzt... Aber wenn wir 100 Franken drin haben, dann bleiben die 100 Franken, und das für die nächsten paar Jahre. Das ist genau das, dass es eigentlich doppelt gemoppelt ist. Man hatte Angst, dass diese Familie weniger Geld bekommt, weil ja das Einkommen plötzlich steigt. Und jetzt wollen wir den Wenigen, die wirklich auch noch etwas haben müssten – denn wenn man zwei, drei Kinder hat und dann plötzlich auf die Welt kommt, weil es losgeht mit Spangen, und man dann plötzlich rechte Geldbeträge hat, die man zahlen muss – und nun soll man plötzlich für zwei Kinder nochmals mindestens 100 – die Rede ist ja von mindestens 100 – zahlen... Mein Sohn hatte eine Spange über ein paar Jahre hinweg von

20'000 Franken. Das macht dann natürlich einen Betrag aus bei 20 %. Das muss man ja auch irgendwann einmal zahlen. Und das finde ich sehr, sehr schlecht. Wir haben einen Subventionsschlüssel, der klar festlegt: Das und das bekommt jeder. Und, wie er gesagt hat, nicht wie bei einer Versicherung: Du hast einen Selbstbehalt. Das kann man machen, wenn alle genau das Gleiche zahlen und das Gleiche machen. Aber sicher nicht auf dem Weg. Und da beantragen wir, das sicher abzulehnen auf dem Weg.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Als ich das heute Nachmittag zu Hause sah, meine Damen und Herren, bin ich erschrocken. Ich muss zwei Sachen anmerken. Ihr möchtet gerne den Absatz 5 des § 7 ändern. Das geht nicht. Das wäre ein neuer Absatz 6. Der Absatz 5 sagt ganz klar, auf welcher Basis die Rechnungen gestellt werden. Und ich kann das nicht herausnehmen, dass die Basis der gültige Subventionssatz ist, der festgelegt wird. Was ihr wollt, ist eine Ergänzung, Absatz 6. So verstehe ich ein Reglement. Und ich denke dazu jetzt gerade – es ist schon sehr viel gesagt worden vorhin – was Mathilde Oppliger am Anfang sagte: „Nicht zu Lasten der unteren Einkommensklassen“. Eine Familie – oder sehr oft Einzelpersonen, die mit Kindern zusammenleben – die einfach jetzt schon von der Gemeinde in die Rechnung gestellt werden... die Verwaltung ist abgedeckt mit diesen 12 Franken. Aber da kommt jetzt einfach noch eine Pauschale, mindestens 100 Franken... du hast im Monat 2000 Franken, damit musst du leben, hast zwei Kinder und musst diese 100 Franken zweimal wegnehmen – das kann man nicht verlangen. Und das andere, muss ich sagen, Jérôme Mollat, das hat mich sehr erstaunt von dir, als du sagtest, das könne man ja dann via Sozialhilfe machen. Gerade von der Seite, bei der du arbeitest, gibt es keine Giesskanne. Was das ist, ist eine absolut *füdleblutti* Giesskanne. Das geht an alle, für die das Gleiche gilt. Ich denke, das ist ein Leerlaufkarussell. Es kann nicht sein, dass am Schluss die Sozialhilfekasse die Gemeindekasse finanziert oder ausgleicht. Die Kleinen trifft es am meisten – ich bin übrigens froh über den Tipp von der CVP mit der Steuerrechtsänderung; toll, dass ihr das gebracht habt! Es trifft noch mehr Leute, die jetzt – und das macht mir sehr Angst – pro Kind mindestens 100 Franken hinlegen müssen. Also wir sind ganz sicher dagegen.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Von 2000 Franken, mit zwei Kindern, lebt kein Mensch, das weisst du genau so gut wie ich. Über diese Fälle müssen wir nicht diskutieren. Die leben nicht von diesem Betrag, sondern die erhalten Unterstützung, sei es durch Eltern, Grosseltern, Verwandte, oder durch Sozialhilfe. Und Sozialhilfe ist eben gerade keine Giesskanne, sondern das geht spezifisch zu den Leuten. Man sitzt mit denen hin und schaut ihre Situation an. Hier drin sind auch Leute, die Vermögen haben, die vom Vermögen leben, aber gar kein hohes steuerbares Einkommen haben. Es sind Leute dabei, wo zum Beispiel der Vater dem Kind sehr grosszügige Beiträge leistet, und dessen massgebliches Einkommen gleichwohl nicht sehr hoch ist. Genau das ist ein Giesskannenprinzip. Und jetzt versuchen wir mit einem kleinen Selbstbehalt, der nun wirklich leistbar ist, von 100 Franken, dass man die richtigen Anreize setzt in diesem System, nämlich dass man eine Leistung auch nicht gratis in Anspruch nehmen kann, sondern dass alles etwas kostet. Und schliesslich, die subventionierten grossen Sachen – 20'000 Franken, da müssen wir nicht über 100 Franken diskutieren – sondern das zahlt dann wirklich die Gemeinde, wenn es in dem Bereich ist. Und dann wiederum haben wir noch die Frage, die wir beantwortet haben müssen, mit den Versicherungen. Das müssen wir dann wirklich noch wissen, denn es kann ja nicht sein, dass die Gemeinde Allschwil die SUVA oder andere Versicherungen subventioniert, so dass wir dann mit Steuergeldern Leistungen zahlen, die eigentlich Versicherungsleistungen wären.

Felix Keller, Präsident. Die Rednerliste ist erschöpft. Es liegt jetzt also der Antrag der FDP vor. Über diesen werden wir jetzt abstimmen. Es wäre jetzt vielleicht eine Folie dienlich gewesen. Ich lese schnell vor:

Eingefügt werden soll folgender § 7 Abs. 6: „Der jährliche Selbstbehalt beträgt mindestens 20 % des Rechnungsbetrages, auf jeden Fall aber mindesten 100 Franken pro Kind.“

Einfach als Hinweis zu dieser Tabelle: Überall, wo 90 % und 85 % steht, lautet der Antrag, dass man das auf 80 % reduziert.

://:

Der Antrag wird mit 29 Nein, bei 5 Ja und 1 Enthaltung, abgelehnt.

Wir fahren weiter in der Lesung.

§ 8 - Zahlungsfrist

Kein Wortbegehren

§ 9 - Abrechnungen der Zahnärzte und Zahnärztinnen

Kein Wortbegehren

§ 10 - Verwaltungsgebühren

Kein Wortbegehren

§ 10 bis - Rechtsmittel

Kein Wortbegehren

C. Schlussbestimmungen

§ 11 - Aufhebung bisherigen Rechts

Kein Wortbegehren

§ 12 - Inkrafttreten

Kein Wortbegehren

Felix Keller, Präsident: Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen. Über die Anträge des Gemeinderates werden wir am Schluss der 2. Lesung abstimmen. Damit ist das Traktandum 3 abgeschlossen.

380 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 4. Juni 2008 betreffend

Einführung Gemeinde-Tageskarten SBB

**Postulat Mathilde Oppliger-Zurschmitten und Felix Keller, CVP-Fraktion,
Geschäft 3747A**

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Felix Keller und ich haben das Postulat für Gemeinde-Tageskarten zu Anfang des Jahres eingebracht, und wir freuen uns sehr, dass es jetzt zum Tragen kommt, und dass auf den 1. Januar die Gemeinde-Tageskarten auf der Gemeinde bezogen werden können. Eigentlich wäre es uns lieber gewesen, wenn sie schon Mitte des Jahres eingeführt worden wären. Aber gut Ding will Weile haben. Wichtig ist jetzt, dass man baldmöglichst im AWB auf diese Gemeindetageskarte hinweist, damit die Bevölkerung von dem Angebot erfährt. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung, die sich dafür eingesetzt haben; und ich freue mich darauf, dass ich dann vielleicht selber auch einmal davon Gebrauch machen kann. Ich möchte noch kurz anfügen: Wenn man dann merken würde, dass die Nachfrage sehr gross ist, wäre es vielleicht gut, wenn man noch zwei Karten dazugekauft hätte.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich bin ein wenig erstaunt über die Redeordnung. Bei einem Bericht des Gemeinderates darf man davon ausgehen, dass der Gemeinderat zuerst das Wort hat. Aber ich danke selbstverständlich Mathilde Oppliger für ihre zustimmenden Worte. Das Postulat verlangt, dass die Anschaffung von Gemeinde-Tageskarten geprüft wird. Immer mehr Gemeinden in der Umgebung bieten diese Dienstleistung bereits für ihre Einwohnerschaft an. So hat neu auch die Gemeinde Schönenbuch seit Juni dieses Jahres zwei derartige Tageskarten-Sets im Angebot. Derartige Gemeinde-Tageskarten sind eine Dienstleistung an die Bevölkerung und fördern den öffentlichen Verkehr. Das ist zu begrüssen. Aber es birgt auch ein

finanzielles Risiko für die Gemeinde und bringt eine Mehrbelastung für die Einwohnerdienste. Deshalb muss man das gut anschauen. Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass zwei Sets plus/minus kostenneutral angeschafft werden können. Kostenneutral heisst, wir gehen davon aus, dass zwei Sets sich an mindestens 80 % der Tage verkaufen lassen, und dass die Mehrarbeit von geschätzten 20 bis 30 Minuten täglich durch das bestehende Personal in den Einwohnerdiensten verrichtet werden kann. Diese zwei Sets stellen einen Versuch dar. Je nach Nachfrage durch die Bevölkerung wird der Gemeinderat dann die Anzahl Sets periodisch überprüfen und – so, wie es zum Beispiel Mathilde Oppliger hofft – gegebenenfalls erhöhen, falls die Nachfrage da ist; aber auch, falls die Nachfrage fehlt, das Angebot reduzieren. Im Antrag 1 steht, dass die Gemeinde per 1. Januar 2009 zwei Sets anbieten soll. Bitte behaften Sie mich nicht auf den 1. Januar. Dadurch, dass die Vorlage vor einem Monat nicht behandelt wurde, ist der Einführungsstermin 1. Januar nicht mehr in Stein gemeisselt. Selbstverständlich werden wir uns bemühen, dass wir den Einführungsstermin 1. Januar einhalten können. Aber bitte seien Sie mir dann nicht böse, falls wir erst einen Monat später startklar wären. In diesem Sinne beantragt Ihnen der Gemeinderat, den Anträgen 1 bis 4 gemäss der Vorlage zuzustimmen.

Felix Keller, Präsident. Ich bitte um Entschuldigung, dass wir die Postulantin vorgezogen haben. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Damit eröffne ich die Detailberatung.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Als es um das Überweisen des Postulats ging, haben wir uns auch für diese Gemeinde-Tageskarten stark gemacht. Wir begrüssen es selbstverständlich, dass das nun zu einem guten Abschluss kommt. Wir sind uns auch im Klaren, dass das sicher getoppt werden kann. Wenn man nämlich auf den Websites ein wenig verfolgt, wie die Auslastung bei den Gemeinden ist, dann sieht man, dass wirklich zu wenig Tagskarten zur Verfügung stehen. Es erstaunt mich ein bisschen, dass von einer „Dienstleistung“ gesprochen wird. Das ist ein Angebot. Dienstleistungen kosten heute grundsätzlich eigentlich nichts. Da heisst es immer, das ist eine Dienstleistung, und dafür darf man nichts verlangen. Das hier ist ein Angebot, dafür gibt es Geld. Und ich denke, angesichts der Möglichkeit des elektronischen Reservationsdienstes, der von der Bahn angeboten wird, werden auch unsere Gemeindeangestellten nicht übermässig mit Arbeit eingedeckt. Weiter erstaunt es mich, dass man sich jetzt festlegen muss, dass es ein 1. Januar, oder vielleicht ein 1. Februar, oder vielleicht ein 1. März ist. Denn ich weiss ja von den Abklärungen her, dass man jederzeit auch unterm Monat sofort neue Tageskarten einführen kann. Wenn die Gemeinde Allschwil sich entschlossen hätte, beispielsweise auf den 1. Januar anzufangen, dann kann sie auf den 1. Februar bereits das nächste Bündel bestellen bei der Bahn, und das läuft innert weniger Tage. Wenn wir dem heute Abend zustimmen, dann könnten wir das eigentlich schon fast Ende Woche haben, das ist nur eine Frage des Willens. Wir begrüssen es, dass das jetzt kommt, denn da ist wirklich eine Nachfrage, und wer es nicht glaubt, der kann selber unter „Gemeindetageskarten“ im Internet nachschauen. Wenn man dort nachschaut, ist es meistens rot, und rot heisst „ausgebucht“.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Auch wir freuen und sehr und sind vom Nutzen dieses Angebots – es ist keine Dienstleistung – überzeugt, das ganz sicher Erfolg haben wird. Wir freuen uns aber auch ganz, ganz stark, dass der Sinn dieses Angebots gespürt und wieder eingebracht worden ist aus diesem Kreis, der ja vor ein paar Jahren einen ähnlichen Service aus so genannten Spargründen – „wir haben es nicht nötig“ – abgeschafft hat. Zu Thomas Pfaff darf ich einfach sagen: Ich kann dir keinen Stein bieten. Aber ich hätte dir einen Hammer und einen Meissel. Und ich freue mich, wenn es schnell geht.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Auch wir von der Grünen Partei begrüssen das sehr wohl. Schliesslich ist es ein Signal für den öffentlichen Verkehr, wir sollen den öffentlichen Verkehr auch benutzen. Wir sind ein bisschen traurig, dass es nicht gerade für 4 Sets gereicht hat. Wenn man es mit Reinach vergleicht: Die haben schon vier und möchten eventuell auf 6 aufstocken. Positiv finden wir auch, wie es auch Herr Studer sagte, dass das Angebot sehr gut genutzt wird und es sogar möglich ist, einen Gewinn zu erwirtschaften.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Die 4 Anträge des Gemeinderates liegen vor auf S. 6. Wir sind nach wie vor 35 Stimmende.

1. Die Gemeinde stellt der Einwohnerschaft auf den 1. Januar 2009 2 Sets Tageskarten Gemeinde à CHF 9'775.00 inkl. Mehrwertsteuer, Stand Juni 2008, zum Kauf zur Verfügung.

://:

Grossmehrheitliche Zustimmung

2. Der Gemeinderat entscheidet bei genügender Nachfrage über den Zeitpunkt und die Anzahl einer Aufstockung des Angebotes. Bei ungenügender Nachfrage entscheidet er über dessen Einstellung.

://:

Grossmehrheitliche Zustimmung

3. Die Verwaltung arbeitet die Benutzungsrichtlinien aus, organisiert die administrativen Abläufe, legt die Preise fest und passt diese allenfalls den neuen Verkaufsbedingungen der SBB an.

://:

Grossmehrheitliche Zustimmung

4. Das Postulat Nr. 3747 wird als erfüllt abgeschrieben.

://:

Grossmehrheitliche Zustimmung

Felix Keller, Präsident: Damit ist alles angenommen worden, und ich danke auch in meinem Namen als Postulant für die Zustimmung.

381 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 5
Interpellation Sam Champion, SD, vom 18.06.2008 betreffend
Erschliessungseinnahmen Ziegelei, Geschäft 3785A**

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Die ausführliche Antwort zur Interpellation liegt Ihnen vor. Wenn Sie dazu noch ergänzende Fragen haben, bin ich gerne bereit, diese zu beantworten.

Felix Keller, Präsident: Es ist ja so, dass Herr Sam Champion nicht mehr unter uns ist – ich präzisiere: Er ist nicht mehr Einwohnerrat. Ich frage den Rat an, ob jemand ein Votum zu der Angelegenheit abgeben möchte. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das Geschäft abgeschlossen.

382 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6
Interpellation Sam Champion, SD, vom 07.04.2008 betreffend
Trinationaler Euro District (TEB), Geschäft 3776**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich beantworte gerne kurz diese Interpellation, obwohl sie in vielen Dingen missverständlich und auch nicht ganz korrekt formuliert worden ist. Denn die Thematik Euro District ist doch ausserordentlich komplex. Nichtsdestotrotz vielleicht schnell zur Historie: Wir hatten zuvor die TAB – Trinationale Agglomeration Basel. Das war ein Verein nach französischem Recht. Heute hat man sich Euro District genannt, nach dem Vorbild aus der EU – Strassburg/Kehl und anderen Euro Districts, die es gibt. Und man hat gewechselt auf den Namen TEB, Trinationaler Euro District Basel. Das ist auch ein Verein, nach französischem Recht konzipiert. Vorweg sind dort Gemeinden um Basel, und Basel selber natürlich, aus den Ländern Schweiz, Frankreich und Deutschland vertreten. Es sind aber auch aus Schweizer Sicht der Kanton Basel-Stadt, der Kanton Basel-Land und der Kanton Aargau vertreten.

Ich komme zu Frage 1: Es wird von „Verträgen“ gesprochen. Das sind keine Verträge, es ist ein Verein, und wir reden von Vereinsmitgliedschaften, wobei vor allem auf der politischen Ebene regionale Themen diskutiert werden. Die regionalen Themen, die dort diskutiert werden, sind demokratische Verankerung und Kommunikation, trinationale Strategien – Verkehr und Mobilität, Landschaft und Lebensqualität, räumliche und wirtschaftliche Entwicklung, Ökologiestadt und Energie. Das sind die Themen, derer uns anzunehmen wir uns für die nächsten Jahre verpflichtet haben, dies auf trinationaler Ebene. Und das, denke ich, sind sehr wichtige Aspekte. Ich darf nur sagen, wir reden zurzeit auch über einen Tarifverbund – nicht nur Nordwestschweiz, sondern trinational, so dass man mit dem gleichen Ticket auch ins Deutsche oder nach Frankreich fahren kann, wenn wir dann soweit sind. Das sind sehr vitale Interessen, die auch die Gemeinde Allschwil hat. Zum Kostenteiler darf ich vielleicht noch sagen: Zurzeit ist es so, dass Deutschland und Frankreich je 25 % der Kosten zahlen. Die Schweiz zahlt 50 % der Kosten. Das macht für die Schweiz 114'750 Franken aus. Das wird zurzeit vom Kanton Basel-Land getragen. Und bei der Vorlage, die von Sam Champion angesprochen wurde, war die Überlegung im Kanton, ob man eine andere Lösung trifft, wonach die Gemeinden den grösseren Teil dieser Kosten zahlen und nicht der Kanton. Selbstverständlich haben die Gemeinden da reklamiert. Somit werden wir möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt nochmals darüber diskutieren. Die Gemeinde Allschwil zahlt heute einen Mitgliederbeitrag von 100 Euro.

Frage 2: Soll der Grenzverkehr damit beeinflusst werden? Das ist eine Frage, die absolut pauschal gestellt wurde. Man kann sie soweit beantworten: Es ist natürlich klar, dass wir Probleme haben mit dem Pendlerverkehr, der vom Elsass nach Allschwil hereinkommt. Da möchte ich eigentlich nicht ausführlich werden. Es gibt ein Projekt, ein Interreg IV-Projekt, das wir bei der EU eingegeben haben, die derartige nachbarschaftliche Verkehrskonzepte unterstützt. Da geht es darum, die bestmögliche Verkehrslösung zu suchen für das Gebiet Hegenheim/Burgfelden/Basel/Allschwil. Wir sind dort leider zurzeit nur im Rahmen eines B-Projekts, das heisst es wird nur als binationales Projekt angesehen, nicht als trinationales, weil die Deutschen kein direktes Interesse daran haben. Aber für Allschwil und Hegenheim ist es von grosser Bedeutung. Ich darf nochmals darauf hinweisen, dass Hegenheim gerne eine Umfahrung hätte. Die haben über 25'000 Fahrzeuge pro Tag im Dorf. Das führt dazu, dass sie die Rue des Carrières forcieren, und die Rue des Carrières käme dann, wie sie ja heisst, von den Kiesplätzen her in den Hegenheimermattweg, mit einer direkten Anbindung an die RD 105 und ans internationale europäische Strassennetz. So dass also die Interessen zwischen Frankreich und der Schweiz schon noch abgeglichen werden müssen. Für Frankreich wäre es eine enorme Entlastung, für die Schweiz natürlich eine enorme Belastung, falls dieser ganze Verkehr dann auf dieser Achse ins linksufrige Bachgrabengebiet hereinkommen könnte. Deshalb haben wir dort in der Tat sehr grosse Interessen. Die Frage ist vielleicht, wie wir diese Interessen wahrnehmen können. Wir sind vom Kanton Basel-Landschaft aus im Vorstand des Euro Districts. Ich bin dort dabei und Regierungsrat Wüthrich und Regierungsrat Krähenbühl; wir drei vertreten dort die Interessen der Region.

EuroAirport – das ist die 3. Frage – inwiefern wird der EuroAirport betroffen? Da muss ich ehrlich sagen: Das ist dort bisher kein grosses Thema gewesen. Die Frage, die sich da allenfalls stellt, ist die Erschliessung des EuroAirports über die Bahnlinie.

Dann Frage 4: Werden Vorschläge für eine Grenzautobahn gemacht? Ich weiss nicht genau, welche Grenzautobahn gemeint ist. Wir reden heute in diesem Gebiet einfach von drei Teilen. Das eine ist der Anschluss an die Nordtangente. Der zweite Teil wäre die so genannte Umfahrung Allschwil, also durch den Rosenbergstunnel bis nach Oberwil. Und das Dritte wäre die so genannte Südumfahrung, auf der es dann weiterginge bis zur H 18. Das ist aber als solches grundsätzlich kein Thema im Euro District, so absolut, wie wir das hier auch im kantonalen Richtplan diskutieren. Sondern es ist Gegenstand der allgemeinen Verkehrsprüfung. Ich habe schon immer gesagt, und dazu stehe ich und habe noch nie etwas anderes getan: Öffentlicher Verkehr und Individualverkehr wird gleich behandelt, und beides wird

hier entsprechend verfolgt. Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln geht es vor allem um Park & Ride-Anlagen, die realisiert werden sollen. Ich muss aber sagen, auf französischer Seite sind die sehr unbeliebt. Die hätten lieber Biotechnologie auf der französischen Seite als Parkhäuser für Park & Ride, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Und ich sage es auch gerne nochmals offen – ich habe es in Frankreich auch schon gesagt – aber wie gesagt, sie hören es nicht so gerne. Öffentliche Verkehrsmittel sind, bei allem Willen, in Frankreich schwierig. Denn sie haben eine grosse Zersiedelung und haben fast nicht die Möglichkeit, zentral eine Menge Leute auf den öffentlichen Verkehr zu bringen, so dass wir da immer recht schwierige Diskussionen führen müssen. Denn die müssen ins Auto sitzen, um zentral an den öffentlichen Verkehr zu gelangen und dann irgendwo hinzufahren; da können sie dann auch gleich mit dem Auto bis an die Peripherie der Stadt fahren. Das sind Themen, die wir dort diskutieren. Dann natürlich eine Hochleistungsstrasse ist selbstverständlich ein Thema. Das wäre also, wenn man das pauschal ausdrücken will, die Südumfahrung, die diskutiert wird. Dann geht es aber auch klar um den öffentlichen Verkehr. Sie haben alle von uns auf dem E-Mail, oder aus der Medienberichterstattung über den Gemeinderat, die Vernehmlassung gesehen, woraus sie sehen konnten, wie wir uns für den öffentlichen Verkehr einsetzen: Fahrplankontaktverdichtung 38, neue Buslinie 64, und nach wie vor der Anschluss an den Bahnhof SBB. Wenn der Landrat da will, dann kommt das gut.

Dann zu Frage 5: Werden Verhandlungen über eine Grenzautobahn bis zum Rosenbergertunnel geführt? Dazu muss ich sagen, es ist fast die gleiche Frage wie vorige. Es werden nicht solche Verhandlungen geführt. Sondern das ist ein Mosaikstein in der ganzen Thematik um einen Lösungsansatz.

Was kann Allschwil direkt davon profitieren? Ich habe das, denke ich soweit beantwortet. Verkehr ist für uns Allschwiler, wenn wir uns nur auf Allschwil konzentrieren, natürlich ein sehr wichtiger Aspekt wegen dem regionalen und interregionalen Durchgangsverkehr, den wir haben. Wir haben aber natürlich auch in ganz anderen Bereichen wichtige Interessen, die für die Region und den Wirtschafts- und Wohnstandort wesentlich sind. Wenn ich vielleicht noch auf die Kosten hinweisen darf: Das Projekt, das wir jetzt im Euro District haben für die Regelung des Durchgangsverkehrs vom Elsass her durch Allschwil nach Basel oder ins Leimental - dieses Interreg-Projekt kostet mehrere hunderttausend Franken. Und diese mehreren hunderttausend Franken werden zum grössten Teil von der EU getragen, bei der wir eine Finanzierung für das Projekt beantragt haben. Die Gemeinde Allschwil muss da einen Maximalbetrag von 20'000 Franken zahlen für die gesamte Projektierung. Also wenn ich das so aufzeigen darf, dann profitieren wir aus finanzieller Sicht natürlich enorm, bei einem Mitgliederbeitrag von 100 Franken.

Das, denke ich, kann ich zur Beantwortung dieser Interpellation von Sam Champion sagen.

Felix Keller, Präsident: Gibt es aus dem Rat eine Anschlussfrage? – Das ist nicht der Fall. Damit war das auch gerade eine Art Info-Fenster des Gemeinderates, das ich Ihnen nach der Pause unterschlagen hatte. Aber ich hatte mir sagen lassen, es gebe nichts Spezifisches. Ist das richtig, Herr Gemeindepräsident? – Damit sind wir am Schluss dieser Sitzung. Wir sehen uns wieder am 12. November. Ich wünsche eine gute Heimreise.

ENDE DER SITZUNG